

DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. | www.duh.de

4|2025



Jahresbericht 2025

Zahlen und Fakten
aus unserer Arbeit

Ziele und
Erfolge der DUH

Interview
und Ausblick



Prof. Dr. Margit Mönnecke
Bundesvorsitzende
Deutsche Umwelthilfe e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

heutige Entscheidungen bestimmen darüber, was in 25, 50 und 100 Jahren passiert. Wir stellen jetzt die Weichen für die Generationen nach uns. Noch können wir unser Klima stabilisieren.

Jedes Jahr bringt uns inzwischen neue Superlative, weltweit und hierzulande erleben wir Jahrhundertstürme, -fluten, -waldbrände und -hitze. Die extremen Ereignisse verdanken ihren Namen einer vormals statistischen Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens. Bedingt durch den Klimawandel scheinen sie zum neuen Normal zu werden. Sie werden zunehmen, denn das im Pariser Abkommen verankerte 1,5-Grad Ziel ist kaum noch einzuhalten.

Trotzdem zögert die Bundesregierung selbst einfach umsetzbare Maßnahmen weiter hinaus, stattdessen tritt sie massiv aufs Gaspedal mit dem Bau neuer Kraftwerke und mit Bohrungen in unmittelbarer Nähe von Meeresschutzgebieten. Gleichzeitig bremst sie den Ausbau Erneuerbarer Energien aus. Das bedeutet Planungsunsicherheit und die schadet der Wirtschaft, dem Fortschritt und hemmt Innovationen.

Es gibt aber auch viele gute Nachrichten aus dem letzten Jahr: Rund 60 Prozent des Stroms kommen aus Erneuerbaren, immer mehr Menschen installieren Wärmepumpen in ihren Häusern, Solaranlagen auf ihren Balkonen und Dächern und kaufen E-Autos. Viele der dafür notwendigen politischen Voraussetzungen haben wir mit geschaffen. Besonders freue ich mich, dass gerade im Jahr unseres 50-jährigen Bestehens der lang dauernde Kampf um sauberes Wasser, saubere Luft und Dieselgate von Erfolg gekrönt war.

Lesen Sie, was wir 2025 bereits erreicht haben! Einen spannenden Ausblick, womit Sie 2026 rechnen können, geben Ihnen Barbara Metz, Sascha Müller-Kraenner und Jürgen Resch in ihrem Interview.

Wir werden nicht nur verhindern, dass Umwelt- und Klimaschutz von der politischen Tagesordnung verdrängt wird, sondern dafür sorgen, dass diese Regierung, die die fossile Vergangenheit möglichst lange konservieren will, den Klimaschutz ernst nehmen muss. Unsere Klagen sind ein wichtiger Baustein, der die Politik zwingt, Teil der Lösung zu werden.

Danke, dass Sie diesen Weg mit uns gehen. Gemeinsam können wir viel erreichen!

Ihre

Editorial: Auf ein Wort	2
Hitze, Hochwasser, Dieselgate	4
Interview mit der Bundesgeschäftsführung	
Von Borkum nach Belém	10
Erfolg für energiepolitische Transparenz	11
Bau-Turbo konterkariert Klimaziele	11
Privater Sonnenstrom: Rückgrat der Energiewende	12
Schulhöfe als Zukunftsaufgabe	13
So wirkt unser Hitze-Check	13
Bei Pestiziden schauen wir genau hin	14
Wo falsche Versprechen Verbraucher täuschen	15
Die Verpackungswende muss kommen	16
Gastronomie sperrt sich gegen Mehrweg to go	17
Wir machen uns für Ökodesign stark	17
Meeresschutz zwischen Gigawatt und Grundschleppnetzfischerei	18
Bahnbrechendes Urteil für sauberes Wasser	19
HVO100, E10, B7 – allein die Fakten zählen	20
Unser Rundumschlag gegen PFAS	21
UmweltMedienpreis: Damit Umwelt- und Klimaschutz im Gespräche bleiben	22
In Zahlen: Hartnäckig für den Klimaschutz	24
Finanzen – unabhängig und transparent	26
Ihre Spende wirkt!	31
Fast Fashion – billig gekauft, teuer bezahlt	32
Adressen	34
Termine Mitgliederversammlungen	34
Impressum	35



4



12



14



19



20



32

Titelbild: Fischotter © Rolf/stock.adobe.com

Hitze, Hochwasser, Dieselgate

Während die Politik den Umwelt- und Klimaschutz ausbremst, hat die DUH 2025 gezeigt, wie viel sich trotzdem bewegen lässt: mit starken Gerichtsurteilen, engagierten Bürgerinnen und Bürgern und klarem Kurs. Barbara Metz, Sascha Müller-Kraenner und Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführung der DUH, bleiben zuversichtlich. Im Interview erklären sie, warum die Arbeit der DUH genau jetzt so entscheidend für den Schutz von Mensch, Klima, Natur und für unsere Demokratie ist. Ihre Erfolge für Klima, sauberes Wasser und saubere Luft und unwiderlegbare Ergebnisse aus Hitze- und Hochwasser-Checks zeigen Wirkung.

Wir blicken auf ein Jahr zurück, in dem wir umweltpolitisch weltweit und hierzulande einen Rollback erlebt haben. Wo sind seine Auswirkungen jetzt schon spürbar und was ist jetzt wichtig?

Sascha Müller-Kraenner: Wir erleben unter der aktuellen Bundesregierung einen historischen Wendepunkt weg von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Bei allen Höhen und Tiefen der vergangenen Jahrzehnte war es seit Anfang der Siebziger Jahre immer klar, dass wir angesichts von Klimakrise und Artensterben mehr tun müssen, um diese beiden dramatischen Entwicklungen abzubremsten. Jetzt haben wir mit Merz, Reiche und Klingbeil erstmals eine Regierung, die nicht nur das Heizungsgesetz und das Verbrenner-Aus aufweichen möchte, sondern die Klimaziele generell in Frage stellt. So ist es auch im Naturschutz. Da werden bestehende Schutzgebiete in Frage gestellt, um dort Bergbau zu betreiben oder nach Öl und Gas zu bohren. Wenn ich

mit den Menschen vor Ort spreche, stelle ich fest, dass die Mehrzahl diesen umweltpolitischen Rollback unerträglich findet.

Deswegen werden wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern, Bürgerinitiativen und anderen Verbänden vor Ort und gegenüber Regierung und Parlamenten das verteidigen, was über Jahrzehnte im Umweltschutz erstritten wurde. Beispielsweise den Ausbau der Erneuerbaren Energien, den Wirtschaftsministerin Reiche durch Schikanen gegen die Betreiber privater PV-Anlagen abwürgen möchte, während sie gleichzeitig den Bau von bis zu 16 neuen Gaskraftwerken vorantreibt.

Wir haben ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das nun nachweist, dass die Subventionierung neuer Gaskraftwerke gegen EU-Recht verstößt. Stattdessen fordern wir, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und effizienter Stromspeicher dynamisch fortgeführt wird.



Bundesgeschäftsführung der DUH: Sascha Müller-Kraenner, Barbara Metz, Jürgen Resch

Barbara Metz: Das kann ich nur unterstreichen. Wir brauchen eine echte Energiewende und deren Herzstück ist die Bürgerenergie. Große Energiekonzerne und Politikerinnen wie Frau Reiche kämpfen dafür, dass die Kontrolle bei den Konzernen bleibt, statt bei den Menschen, die ihren eigenen Strom erzeugen wollen.

Für mich ist klar: Die Zukunft der Energiewende entscheidet sich nicht in den Vorstandsetagen der Energiekonzerne, sondern an den Balkonen, in den Kellern und auf den Dächern der Menschen. Bürgerenergie ist kein Luxusprojekt – sie ist der Weg, wie Klimaschutz, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit zusammenkommen.

Jürgen Resch: Was mich darüber hinaus sorgt: Dass Regierungen und große international aufgestellte Konzerne der fossilen Energien, der Chemie und des Autobaus immer ungenierter gegen Klima- und Umweltschutz agieren und zunehmend die Hemmung verlieren, Gesetze durch Lobbydruck zu ändern oder sie zu ignorieren. Behörden haben schon lange aufgehört, sich dem entgegenzustellen. Die DUH füllt diese Lücke durch das Prinzip des DRUCK MACHENS. Und in sehr vielen unserer Klageverfahren gelingt es, Regierungen und Wirtschaftskonzerne zur Einhaltung von Recht und Gesetz zu zwingen.

Sind Klagen der entscheidende Gamechanger, um Klima und Umwelt zu schützen?

Jürgen Resch: Ja, Klagen sind ein scharfes Schwert: Sämtliche in den Jahren 2023 und 2024 entschiedenen Klimaklagen gegen die Bundesregierung haben vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gewonnen. Das Urteil zum Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft ist bereits rechtskräftig, die übrigen gewonnenen Klagen stehen zur Revisionsentscheidung für den 29. Januar 2026 beim Bundesverwaltungsgericht an. Aber die mit Abstand wichtigste Verhandlung ist die des Bundesverfassungsgerichts zur Entkernung des Klimaschutzgesetzes durch die vorherige Bundesregierung. Zu unserer großen Freude hat das höchste deutsche Gericht unsere Beschwerde im Sommer 2025 mit der Aufforderung zur Stellungnahme an die Bundesregierung weitergeleitet. Wir gehen fest davon aus, dass die Entscheidung noch im Jahr 2026 erfolgt. Und wir sind guter Dinge, dass die aktuelle Bundesregierung dazu verurteilt wird, das Klimaschutzgesetz wieder so nachzuschärfen, dass sie ihre Klimaziele auch nach 2030 sicher erreichen wird. Daher sehen wir kurzfristig wirksame Klimaschutzmaßnahmen wie ein Tempolimit auf Autobahnen und eine Absenkung der Höchstgeschwindigkeit auf 80 km/h außerorts sowie eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h in der Stadt in greifbarer Nähe.

Sascha Müller-Kraenner: 2025 haben wir vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig auch zwei historische Urteile für sauberes

Wasser erstritten. Damit haben wir nach über drei Jahrzehnten einen wichtigen Zwischensieg für die Einhaltung der in Europa vorgeschriebenen Nitratwerte erreicht. Nitrat ist in hoher Dosierung vor allem für Kleinkinder gesundheitsschädlich und trägt durch die Überdüngung der Gewässer zu Algenblüte und Artensterben bei. Leider können wir nicht automatisch davon ausgehen, dass die Politik in Bund und Ländern die beiden Urteile korrekt umsetzen wird, sondern sie wird weitertricksen, um der Massentierhaltung und den großen Biomasseanbaubetrieben auch zukünftig das Umgehen der Düngeregeln zu ermöglichen. Es ist in der Tat heute in Deutschland nicht mehr selbstverständlich, dass höchstrichterliche Urteile beachtet werden. Wir müssen weiter Druck machen! Darüber hinaus machen wir selbstverständlich eigene Vorschläge für eine naturnähere Gestaltung der Landschaft, beispielsweise durch Gewässerrandstreifen oder naturnahe Auenweiden.

Apropos Klageerfolge der DUH, es gibt auch im Dieselgate-Skandal ein wichtiges Urteil ...

Jürgen Resch: Ja, das Oberverwaltungsgericht in Schleswig hat eindeutig festgestellt: Abschaltvorrichtungen sind unzulässig. Damit bestätigt es unsere Argumentation im Dieselgate-Verfahren gegen die Bundesregierung und Volkswagen. Das Gericht lässt keine Revision zu. Dieses Urteil ist ein rechtshistorischer Präzedenzfall für den Gesund-

heitsschutz. Und zugleich ein Meilenstein in unserem Einsatz für Saubere Luft und rechtskonformes Handeln der Autokonzerne. Wir rechnen allerdings damit, dass das KBA und Volkswagen das Bundesverwaltungsgericht anrufen. Sofern dieses solche eine Beschwerde zurückweist, werden alle unsere noch anhängigen Verfahren gegen die Bundesregierung und gegen die betrügerischen Diesel-Hersteller auf dieser Grundlage entschieden. Damit könnten wir rechtlich durchsetzen, dass 7,8 Millionen Betrugs-Diesel stillgelegt oder mit einer funktionierenden Abgasanlage nachgerüstet werden müssen.

„ Wir sehen kurzfristig wirksame Klimaschutzmaßnahmen wie ein Tempolimit auf Autobahnen und eine Absenkung der Höchstgeschwindigkeit außerorts in greifbarer Nähe.

Jürgen Resch

Politik, Industrie und Handel haben wenig Ambitionen, bessere Rahmenbedingungen in der Kreislaufwirtschaft zu schaffen oder vorhandene Mindeststandards umzusetzen. Dem setzt ihr auf allen Ebenen viel entgegen. Sind Klagen auch hier ein Schlüssel?

Barbara Metz: Kreislaufwirtschaft ist mehr als Recycling. Sie muss ganz oben auf die politische Agenda. Es geht nicht nur um Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz – am Ende ist es auch eine Sicherheitsfrage. Wer Rohstoffe importiert, landet schnell in geopolitischen Abhängigkeiten. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft macht uns unabhängiger, resilienter und langfristig wettbewerbsfähiger.

Kreislaufwirtschaft entscheidet über unsere Zukunftsfähigkeit. Wir müssen konkret handeln – an den Stellen, wo Rohstoffe

verloren gehen, wo Müllberge wachsen und wo Verbraucherinnen im Stich gelassen werden. 2025 hat gezeigt: Wo die DUH Druck macht, passiert etwas: Wir kontrollieren, wir klagen, wir machen Missstände öffentlich.

Elektroschrott ist ein gutes Beispiel: Supermärkte und Elektrohändler sind gesetzlich verpflichtet, Altgeräte zurückzunehmen – trotzdem tun sie es oft nicht. Die DUH ist an vielen Stellen juristisch dagegen vorgegangen. Wir haben wichtige Gerichtsurteile erstritten, die Händler verpflichten, Altgeräte kostenfrei zurückzunehmen und Verbraucherinnen transparent zu informieren.

Deshalb appelliere ich an den Umweltminister: Handeln Sie endlich! Überarbeiten Sie die Rücknahmepflicht für Elektroschrott, sorgen Sie für eine verbindliche Einwegabgabe und setzen Sie wirksame Mehrwegsysteme durch. Stellen Sie sicher, dass Verstöße konsequent kontrolliert und sanktioniert werden. Nur so wird eine echte Kreislaufwirtschaft Realität – und Deutschland unabhängiger, sauberer und zukunftsfähiger.

Der Druck über die Gerichte ist hochwirksam, ein weiterer Hebel sind Aktionen gemeinsam mit den Menschen, die von Umwelt Risiken betroffen sind.

Jürgen Resch: Ja, es braucht beides. Beispielsweise haben wir im Oktober 2025 die Aktion „Decke auf, wo Atmen krank macht“

neu gestartet und gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern Stickstoffdioxidmessungen an über 500 Orten durchgeführt, an denen die Luftqualität nicht offiziell überwacht wird. Denn viele Menschen wissen gar nicht, wie schlecht die Luft ist, die sie einatmen. An 93 Prozent der Messorte haben wir eine gesundheitsschädigende Luftqualität festgestellt. Also hat Deutschland noch immer ein flächendeckendes Problem hinsichtlich giftiger Dieselabgase. Ab 2026 können wir rechtlich gegen Bundesländer und Gemeinden vorgehen, wenn deren Luftreinhaltefahrpläne nicht sicherstellen, dass vier Jahre später die Grenzwerte eingehalten werden.

„Bürgerenergie ist kein Luxusprojekt – sie ist der Weg, wie Klimaschutz, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit zusammenkommen.“

Barbara Metz

Barbara Metz: Unter schlechter Luftqualität leiden vor allem die, die an stark befahrenen Straßen leben müssen. Auch unser nun zweiter bundesweiter Hitze-Check zeigt sehr deutlich: Hitze trifft nicht alle gleich. Manche Stadtviertel sind so stark versiegelt, dass sie sich im Sommer aufheizen wie ein überdrehter Pizzaofen – während andere Straßenzüge dank Bäumen, Parks und Wasserflächen wie kleine

Oasen wirken. Diese Ungleichheit ist nicht nur ein statistischer Befund, sondern auch eine soziale Frage: Wer wenig hat, lebt oft in den heißesten Ecken der Stadt. Der Hitze-Check macht sichtbar, wo wir nun politische Entscheidungen brauchen, um den betroffenen Menschen zu helfen.

Gemessen haben wir übrigens auch auf Berliner Schulhöfen. Die Ergebnisse waren für mich ein Schock – obwohl ich wusste, was



Gegen Nitratverschmutzung im Grundwasser: Sascha Müller-Kraenner und sein Team protestieren in Leipzig vor dem Bundesverwaltungsgericht.



Für die Übergabe eines Balkonkraftwerks reiste Barbara Metz nach Oberstaufen. Die Montessori-Schule Allgäu produziert nun eigenen Strom.

uns erwartet. Dass einige Schulgelände noch heißer waren als der Alexanderplatz, zeigt brutal, wie falsch Prioritäten in den letzten Jahrzehnten gesetzt wurden. Schulhöfe dürfen keine Glutplatten sein, auf denen Kinder in den Pausen kaum atmen können. Sie müssen Lernorte sein, Gesundheitsorte, Lebensorte.

Unser Hitze-Check zwingt Kommunen und Landespolitik, sich mit der unbequemen Wahrheit auseinanderzusetzen: Hitzeschutz ist keine freiwillige Leistung, sondern ein Grundrecht in Zeiten der Klimakrise.

Sascha Müller-Kraenner: Da kann ich direkt anknüpfen, denn wir haben 2025 erstmals auch einen Hochwasser-Check für alle Bundesländer veröffentlicht. Er zeigt, dass leider viel zu wenig passiert ist in punkto ökologischer Hochwasserschutz. Dabei liegen die Lösungen auf der Hand, wie wir mit der Natur statt gegen sie den Hochwasserschutz voranbringen und gleichzeitig mehr für die Artenvielfalt tun können. Wir müssen den Flüssen mehr Raum geben und Überschwemmungsflächen zulassen, in denen zukünftig auch bauliche Beschränkungen gelten. So wirken wir auch urbanen

Hitzeinseln entgegen. Indem wir Städte nach dem Schwammstadtprinzip umbauen, schaffen wir mehr natürliche Versickerungsflächen für den nächsten Starkregen. In trockenen Phasen können solche Flächen Feuchtigkeit an ihre Umgebung abgeben und damit kühlend wirken. Um hierfür Investitionen zu ermöglichen, muss die Städtebauförderung entsprechend umgestaltet werden.

Eine Stärke der DUH ist die Vernetzung. Auch international.

Jürgen Resch: Wir stehen weltweit mit anderen Umweltorganisationen im fachlichen Austausch. Eine besonders intensive Zusammenarbeit pflegen wir mit der Verbraucherschutzorganisation Consumer

Watchdog in den USA, mit deren Unterstützung wir auch unseren erstmals ausgeschriebenen Bürgerschaftspreis „DRUCK MACHEN – Für die Umwelt!“ entwickelt haben. Und auch der Austausch über Klagestrategien großer Konzerne beispielsweise zu SLAPP-Klagen, die die Arbeit von NGOs unmöglich machen sollen, und zu Strategien, wie wir uns am besten dagegen wehren, ist fruchtbar.

„Wir werden unser faszinierendes Naturerbe entschlossen verteidigen. Und für sauberes Wasser kämpfen wir in ganz Deutschland weiter.“

Sascha Müller-Kraenner



Jürgen Resch kämpft für einen starken ÖPNV als Baustein für die Mobilitätswende.

Sascha Müller-Kraenner: Auch an der Nordseeküste arbeiten wir über Staatsgrenzen hinweg. Es geht um die geplanten Gasbohrungen vor Borkum – direkt am Rande des Weltnaturerbes Wattenmeer. Die gesamte Insel kämpft gegen das Gasprojekt des niederländischen Konzerns One-Dyas. Wir arbeiten eng mit den Bürgerinitiativen in den Niederlanden und in Deutschland zusammen. Gemeinsam mit ihnen und mit Fridays for Future stellen wir uns juristisch wie politisch dagegen. Bisher haben wir die Bohrungen dank mehrerer parallel laufender Rechtsverfahren aufgehalten und wollen das Vorhaben in 2026 endgültig zu Fall bringen. Wenn wir endlich Energie effizient verwenden und schrittweise aus Erdgas aussteigen, brauchen wir unsere letzten Naturparadiese nicht für die Gier nach dem fossilen Stoff ruinieren.

Das macht nochmal klar, wie groß die Herausforderungen in diesem neuen Jahr sind. Was werdet ihr darüber hinaus auf eure Agenda nehmen?

Sascha Müller-Kraenner: Auf dem Weltklimagipfel in Belém hat die Debatte über den Ausstieg aus den fossilen Energien Fahrt aufgenommen. Inzwischen wird aber in Deutschland an immer

mehr Stellen nach fossilem Gas gesucht. Wir wollen nicht nur die Gasbohrungen vor Borkum gerichtlich stoppen, sondern auch vor Usedom an der polnischen Grenze ein ähnliches Bohrprojekt verhindern. Klimaschutz und Meeresnaturschutz gehen hier Hand in Hand. Wir werden unser faszinierendes Naturerbe entschlossen verteidigen. Gegen den Bau einer völlig überdimensionierten Flotte neuer Gaskraftwerke wenden wir uns mit juristischen Mitteln. Und für sauberes Wasser kämpfen wir in ganz Deutschland weiter, ebenso gegen den Abschuss des Fischotters. Auch dabei setzen wir juristische Strategien ein.

Barbara Metz: Wir befinden uns in einem Jahrzehnt der Entscheidung. Vieles, was lange theoretisch war, wird jetzt spürbar – Hitze, Wasserkrisen, Überlastung der Städte. Mich überrascht angesichts dieser offensichtlichen Realität, wie unerschütterlich manche politischen und wirtschaftlichen Blockaden immer noch sind. Aber ebenso überraschend – und erfreulich – ist die enorme Energie aus der Zivilgesellschaft: Eltern, die für grüne Schulhöfe kämpfen, Initiativen, die ihre eigene Energie erzeugen wollen, Kommunen, die nicht länger warten, sondern einfach anfangen. Dieser Mut von unten ist für mich eine der stärksten Kräfte im Klimaschutz.

Deshalb konzentriere ich mich auf drei große Handlungsfelder. Wir müssen Städte umbauen – nicht kosmetisch, sondern strukturell. Grünflächen, Entsiegelung, Hitzeschutz, gesunde Lebensräume: Das ist Daseinsvorsorge im Klimazeitalter. Hier, in der Stadt der Zukunft, entscheidet sich, wie gut wir durch die nächsten Jahrzehnte kommen. Statt einer Wegwerfgesellschaft brauchen wir den Kreislauf. Ein Wirtschaftssystem, das auf Verschwendung basiert, können wir uns schlicht nicht mehr leisten. Wir werden Hersteller bei ihren gesamten Produkten in die Pflicht nehmen. Reparierbar, langlebig, schadstoffarm: Das muss Standard werden.

Den Ausstieg aus fossiler Energie hat Sascha schon angesprochen. Die Energiewende wird nur dann gelingen, wenn sie den Menschen gehört, deshalb ist die Energiewende von unten so wichtig. Bürgerenergie, genossenschaftliche Projekte, kommunale Lösungen – das ist die stabilste und demokratischste Energieform, die wir haben. Auch in 2026 müssen und werden wir weiter Druck machen: bessere Rahmenbedingungen, weniger Hürden, mehr Beteiligung.

Jürgen Resch: Ja, die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist enorm wichtig. Wir bekommen zu spüren, dass der Druck auf Umweltverbände und engagierte Bürger durch Rechtsaußen-Politiker in enger Abstimmung mit Wirtschaftsunternehmen derzeit massiv zunimmt.

Bisher haben wir alle Angriffe auf unsere Gemeinnützigkeit und Klagerechte erfolgreich abwehren können. Sorgen bereiten mir die Versuche, die bislang selbstbewusste und erfolgreiche Zivilgesellschaft in Deutschland einzuschüchtern. Wir werden dem nicht tatenlos zusehen. Ich freue mich gleich mehrfach auf das vor uns liegende Jahr: Am 12. März verleihen wir zum ersten Mal unseren Bürgerschaftspreis „DRUCK MACHEN – Für die Umwelt!“, mit dem wir die Umweltheldin, den Umweltjuristen und die Umweltheldin im Staatsdienst aus 700 vorgeschlagenen Menschen auszeichnen – und gleich im Anschluss werden wir die nächste Ausschreibung starten.

Rückenwind erwarte ich weiterhin und vielleicht sogar verstärkt von den Gerichten: Es stehen gleich mehrere höchstgerichtliche Urteile in unseren Klimaklagen und eine wahrscheinlich finale Entscheidung zur Sauberen Luft und Dieselgate an. Ich verspreche: Die DUH wird weiter DRUCK MACHEN! Für den Natur- und Klimaschutz, für Sauberes Wasser und Saubere Luft – und für eine lebendige Zivilgesellschaft als Grundlage einer funktionierenden Demokratie!

Das Interview führten Andrea Kuper und Jutta Kochendörfer, Redaktion DUHwelt.



Beim Klimastreik im Februar in Berlin.

Auf dem Klimacamp in Borkum zeigte sich der geballte Widerstand gegen fossiles Gas.



Von Borkum nach Belém

Wer das Klima schützen will, muss aus den fossilen Energien aussteigen. Wir setzen alles daran, dass Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht – an der Nordsee, in Berlin und in Belém.



» Wir können uns in Zeiten der Klimakrise keine einzige Öl- oder Gasbohrung mehr leisten. Das gilt vor Borkum ebenso wie auf internationaler Bühne. «

Julian Schwartzkopf,
Teamleiter Gas-Ausstieg

Mit unserem Protestcamp auf Borkum im September 2025 haben wir gegen die geplanten Gasbohrungen im Wattenmeer demonstriert, über die fossilen Expansionspläne von One-Dyas aufgeklärt, mit Politikerinnen und Politikern diskutiert und den Widerstand gegen die Gasbohrplattform des Konzerns vor der Insel ausgeweitet. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort, Fridays for Future und vielen Engagierten aus dem ganzen Land konnten wir ein starkes Zeichen gegen die fossile Industrialisierung unserer Nordsee setzen.

Mehr als anderthalb Jahre haben wir die geplante Gasförderung direkt vor der Insel vor Gericht aufgehalten. Mit dem ohne Not angeordneten Sofortvollzug der deutschen Genehmigungen kann die Gasförderung nun auch unter deutschem Meeresboden beginnen. Doch wir geben nicht auf und setzen weiterhin alles daran, das gefährliche fossile Projekt vor Gericht noch zu stoppen. Insbesondere in den Niederlanden, wo wir in der ersten Instanz gegen One-Dyas bereits gewonnen haben, sehen wir in den laufenden Verfahren gute Chancen, das Gas-Megaprojekt endgültig zu verhindern.

Diese Hartnäckigkeit nehmen wir mit über den Atlantik – von Borkum nach Belém: Auf der Klimakonferenz Mitte November 2025 haben wir uns für consequen-

ten nationalen und internationalen Klima- und Umweltschutz stark gemacht, den Stopp der Entwaldung und die Reduktion von Methanemissionen. Wir haben uns auch gegenüber den deutschen Verhandlern dafür eingesetzt, den Ausstieg aus den fossilen Energien, der in der Abschlusserklärung von Dubai 2023 erstmals erwähnt wurde, auf internationaler Ebene fortzuschreiben. Ob vor der deutschen Küste oder in den USA: Gasförderung verursacht immer auch Methanemissionen. Dabei heizt jedes Kilogramm Methan das Klima noch viel stärker an als ein Kilogramm CO₂. Beim „Global Methane Pledge“ hat sich die Bundesregierung verpflichtet, bis 2030 die Methanemissionen massiv zu senken, doch stattdessen steigt die Konzentration in der Atmosphäre Jahr für Jahr weiter. Wir machen Druck, damit die Politik handelt – zuhause und weltweit.

Unser Engagement endet nicht an der Nationalparkgrenze und Verhandlungstischen. Borkum war nur der Anfang unserer Gegenwehr, denn One-Dyas plant bereits die Exploration weiterer Gasfelder – und jede neue Bohrung konterkariert das deutsche Klimaschutzgesetz und das Pariser Klimaabkommen. Wenn die Bundesregierung im eigenen Land neue Gasquellen erschließt, verspielt sie jede Glaubwürdigkeit auf internationaler Bühne.

Erfolg für energiepolitische Transparenz

Mit der Veröffentlichung der unter Verschluss gehaltenen Leistungsbeschreibung für das Energiewende-Monitoring haben wir Mitte 2025 die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geplante Klimaschutz- und Innovationsblockade aufgedeckt und so eine zentrale Debatte über die Energiepolitik der Bundesregierung angestoßen. Die gesellschaftliche Empörung über den Versuch, politischen Einfluss auf einen wissenschaftlich neutralen Prozess zu nehmen, hat Wirkung gezeigt. Im Gegensatz zum parallel vom Ministerium veröffentlichten 10-Punkte-Plan ist der Monitoringbericht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fachlich solide und unabhängig – ein wichtiger Erfolg für Transparenz und demokratische Kontrolle.

Wir werden weiterhin genau beobachten, ob die Bundesregierung die Klimaziele tatsächlich ernst nimmt. Statt den Weg zu einer klimaneutralen Energieversorgung entschlossen zu ebnen, setzt die Regierung auf fossile Strukturen. Unsere Aufgabe bleibt es, diese Widersprüche offenzulegen, faktenbasiert zu argumentieren und gesellschaftlichen wie auch juristischen Druck aufzubauen – damit Deutschland endlich Kurs auf die Pariser Klimaziele nimmt.

Im Zentrum unseres Engagements steht die Überzeugung, dass die Energiewende nur gelingt, wenn der Ausbau Erneuerbarer Energien konsequent vorangetrieben und fossile Abhängigkeiten beendet werden. Wir kämpfen für eine naturverträgliche Energiewende – und gegen den fossilen Rollback, den die Bundesregierung mit ihrer Politik befördert. Dabei denken wir auch die privaten Haushalte mit und setzen uns für eine breite demokratische Teilhabe ein – durch Bürgerenergieprojekte und die Förderung von Auf-Dach-Photovoltaik.



Die Energiewende ist ein Bürgerprojekt. Wir setzen uns dafür ein, dass die vielen dezentralen Lösungen weiter ihren Platz haben.

Bau-Turbo konterkariert Klimaziele

Was von der Politik als Beschleunigung des Wohnungsbaus verkauft wird, ist in Wahrheit ein Rückschritt für Klima, Umwelt und soziale Gerechtigkeit: Trotz massiver Kritik aus Wissenschaft, Fachwelt und Zivilgesellschaft hat die Koalition aus Union und SPD im Oktober 2025 den umstrittenen „Bau-Turbo“-Paragrafen 246e Baugesetzbuch (BauGB) verabschiedet. Statt Neubau-Fetisch mit einem Freifahrtschein für Flächenfraß und unbezahlbares Wohnen kämpfen wir weiter dafür, die Potenziale des Bestands auszuschöpfen.

Mit Appellen, Pressekonferenzen und Stellungnahmen konnten wir die Verabschiedung des Paragrafen zunächst verhindern. Bereits nach Veröffentlichung der ersten Entwürfe im Herbst 2023 haben wir ein breites Bündnis aus Umwelt-, Sozial-, Mieter-, Landwirtschafts-, Architektur- und Stadtentwicklungsorganisationen sowie Gewerkschaften ko-

ordiniert, vor den Folgen gewarnt und Alternativen aufgezeigt.

Auch als das Gesetz 2025 erneut auf der Agenda stand, haben wir die gesellschaftliche Debatte vorangetrieben, unsere Kritik in Anhörungen eingebracht und medial thematisiert. Unser Konzept des „UmBau-Turbos“ setzt auf konsequente Nutzung der Potenziale bestehender Gebäude: Umbauen, Umnutzen, Erweitern und Sanieren müssen zum Standard in der Baupolitik werden, mit verbindlichen ökologischen, sozialen und planerischen Vorgaben als Grundlage. Nur so können Städte zukunftsfähig, gerecht wie auch klima- und sozialverträglich gestaltet werden. Auch in den kommenden Monaten bleiben wir dran und werden gemeinsam mit den Bündnispartnern die geplante große BauGB-Novelle eng begleiten, um den Fokus der Bau- und Wohnungspolitik auf die Potenziale im Bestand zu lenken.

Leuchtturm-Projekt für Mieterinnen und Mieter: Die Wohnungsgenossenschaft Stralsund hat in Kooperation mit der DUH ein Mehrfamilienhaus mit Balkonkraftwerken ausgestattet.



Privater Sonnenstrom: Rückgrat der Energiewende

Konsequent machen wir uns für den Ausbau der Aufdach-Photovoltaik, der Bürgerenergie und von Balkonkraftwerken stark. Sowohl für Mieter als auch für Eigentümerinnen trägt unsere Arbeit Früchte.

Im Bereich der Aufdach-Photovoltaik setzen wir uns politisch dafür ein, die Förderung für kleine Anlagen zu erhalten. Durch Pressekonferenzen und Verbände-Bündnisse sorgen wir dafür, dass die Bedeutung dieses Segments nicht ins Hintertreffen gerät. In unserem Großstadt-Ranking zeigen wir regelmäßig, in welchen Städten der Photovoltaik-Ausbau schneller beziehungsweise langsamer vorangeht.

Wir wissen, dass die Akzeptanz der Energiewende von verlässlichen Rahmenbedingungen abhängt. Daher kämpfen wir unermüdlich für die Bereitstellung von Beteiligungsmöglichkeiten für alle. Unsere Petition an Ministerin Reiche zur „Energiewende in Bürgerhand“ hat bereits über 40.000 Unterschriften gesammelt.

Um das Recht von Mietern zu stärken, Balkonkraftwerke zu installieren, begleiten wir Klagefälle. Unser Ziel ist es, die einfache Nutzung von Solarstrom wirklich allen zugänglich zu machen. Um die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu verbessern, treiben wir Gesetzesänderungen und administrative Erleichterungen voran. Das ist trotz unserer bereits 2024 erzielten

Erfolge zur rechtlichen Privilegierung von Balkonkraftwerken notwendig, da in der Praxis viele Vermieter versuchen, geltendes Recht zu umgehen. In Aachen gehen wir beispielsweise derzeit juristisch gegen den größten Wohnungsanbieter Deutschlands, die Vonovia SE, vor.

Dank der Unterstützung der Teilnehmenden der Deutschen Postcode Lotterie konnten wir nach Salzgitter nun auch in Stralsund einen mehrgeschossigen Wohnungsbau mit 42 Balkonkraftwerken ausstatten. Die Mieter profitieren dabei unmittelbar vom kostenlosen Sonnenstrom. Zudem planen wir eine zweite Projektphase in Salzgitter mit circa 50 weiteren Balkonkraftwerken, die auch dort unmittelbar den Menschen zugutekommen werden.

Daneben leisten wir unermüdliche Aufklärungs- und Beratungsarbeit, um das Wissen zu Balkonkraftwerken in die Breite der Bevölkerung zu tragen.

Gemeinsam treiben wir den Ausbau von Aufdach-Photovoltaik, Bürgerenergie und Balkonkraftwerken entscheidend voran. Unsere Arbeit zeigt, dass positive Veränderungen möglich sind.

Förderer:
Unsere Projekte in Stralsund und Salzgitter, unsere Beratungs- und Informationsformate und der Aufbau unserer Balkonkraftwerke-Community werden unterstützt von den Teilnehmenden der Deutschen Postcode Lotterie.
Venture and Nature Fund (VNF)

Schulhöfe als Zukunftsaufgabe

Unsere Modell-Projekte, Fachinformationen und Appelle an die verschiedenen politischen Ebenen zeigen Wirkung: Das Bewusstsein für die Bedeutung zukunftsfähiger Schulhöfe mit mehr Grünanteil wächst sowohl in den Schulen selbst als auch auf kommunaler Ebene. Immer mehr Städte erkennen solch eine Gestaltung von Schulhöfen als Beitrag zu Klimaanpassung, Biodiversität und Gesundheitsförderung an. Das zeigen die steigenden Zahlen an Bewerbungen für unsere Umgestaltungsprojekte.

Darüber hinaus konnten wir auch Krankenkassen als relevante Akteure für Gesundheitsprävention von dem Potenzial grüner Schulgelände überzeugen: Das GKV-Bündnis für Gesundheit Baden-Württemberg fördert unser Vorhaben, Schulhöfe und die umgebenden Stadtquartiere in Mannheim und Singen zu gesundheitsförderlichen Klimaoasen umzugestalten.

2025 haben wir mit unserer Fachreihe „Schulgelände umgestalten“ und dem Bundeskongress „Zukunftsfähige Schulgelände“ rund 1.000 Personen erreicht und damit den Wissenstransfer und die Vernetzung zu dem Thema wesentlich gestärkt. Mittlerweile greifen auch Förderprogramme der Bundesländer unsere Ansätze für den klimaangepassten Umbau von Schulhöfen auf.

Parallel dazu fokussieren wir die strukturelle Verankerung des Themas. Mit einem Offenen Brief an die Um-



welt-, Kultus- und Bauministerien der Länder fordern wir, die naturnahe und klimaresiliente Gestaltung von Schulhöfen als gemeinsame Aufgabe von Kommunen und Ländern festzuschreiben. Ein weiterer Baustein ist unsere Mitwirkung an der Weiterentwicklung der DIN-Norm für Schulaußengelände. Hier fließt unsere fachliche Expertise direkt in eine Festlegung künftiger Standards ein – ein entscheidender Hebel, um Qualitätsmaßstäbe bundesweit zu sichern.

Wir werden auch in den kommenden Jahren dafür eintreten, dass die Umgestaltung von Schulhöfen nicht länger als freiwillige Zusatzaufgabe verstanden wird, sondern als integraler Bestandteil einer vorausschauenden Klima-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik.

Die Gemeinschaftsschule Kerspleben in Thüringen hat ihren Schulhof mit Begleitung durch die DUH umgestaltet. Hier ist ein Erholungsort entstanden, der Platz für Naturerfahrung bietet und das Mikroklima verbessert.

Förderer:

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz mit Mitteln des Freistaats Thüringen

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz

GKV-Bündnis für Gesundheit Baden-Württemberg

So wirkt unser Hitze-Check

Mit der Klimakrise und den wachsenden Asphalt- und Betonflächen – täglich rund 50 Hektar – steigen in den Städten die Temperaturen und die Zahl der von großer Hitze betroffenen Menschen. Das belegt unser Hitze-Check 2025. Mit unserem Partner, der Luftbild Umwelt Planung GmbH, stellen wir bundesweit erstmals vergleichbare Satellitendaten bereit, die Versiegelung, Grünanteil und Oberflächentemperatur bis auf die Quartiersebene abbilden. Wie wertvoll diese Daten sind, haben uns zahlreiche Städte zurückgemeldet: zur Entwicklung von gezielten stadtplanerischen

Konzepten und Maßnahmen oder als Argumentation gegenüber der Politik. Viele Bürgerinnen und Bürger haben ihre Kommune dank unseres Hitze-Checks auf hochbelastete Stadtbereiche hingewiesen. In den Medien und auf Fachveranstaltungen zum Thema „Klimawandel und Gesundheit“ wurden die Ergebnisse unseres Hitze-Checks aufgegriffen. Hochschulen erkundigen sich nach Methodik und Ergebnissen. Über 23.000 Menschen forderten aufgrund unserer Initiative ihre Stadt auf, beispielgebend für mehr Grün auf Schulhöfen zu sorgen.

Förderer:

The Nature Conservancy

Den seltenen Mosel-Apollofalter und viele weitere bedrohte Schmetterlingsarten wollen wir retten.



Bei Pestiziden schauen wir genau hin



» Unser Ziel:
Schädliche Pestizide
stoppen! Beschützen
wir unsere Tier- und
Pflanzenwelt und
nächste Generationen
vor den dauerhaften
Spuren der
Agrargifte. «

Daphne Lenz,
Referent:in Ökologische
Verbraucherberatung und
Marktüberwachung

Erstmals haben wir nachgefragt, wie die Behörden es mit ihren gesetzlichen Kontrollpflichten rund um Pestizide halten. Und auch in diesem Jahr haben wir Verfahren angestoßen: Sie richten sich gegen Pestizid-Zulassungen, die wir als rechtswidrig einordnen.

Im Kampf gegen hochgiftige Pestizide haben wir einen grundlegenden Erfolg erzielt: Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) muss seine Widerrufspraxis umstellen und differenzierte Einzelfall-Entscheidungen zu Übergangsfristen vornehmen. Denn die bisherige Praxis der Anwendung maximaler Aufbrauchsfristen von nicht länger zugelassenen Pestiziden ist rechtswidrig. Dies hat das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg aufgrund unseres Beschwerdeverfahrens festgestellt, in dem es um die vom BVL üppig gewährten Abverkaufs- und Aufbrauchsfristen für das hormonschädliche Mittel Cadou ging. Das Urteil gibt uns Rückenwind für unsere Flufenacet-Klagen, in denen wir die maximal ausgereizten Abverkaufs- und Aufbrauchsfristen trotz festgestellter Endokrinschädlichkeit und EU-weitem Genehmigungsstopp kritisieren.

Vor Gericht treten wir dafür ein, dass Auflagen zum Schutz der Biodiversität vor Glyphosat bestehen bleiben.

Denn Glyphosatmittel verschmutzen unsere Gewässer und stehen gemeinsam mit anderen Pestiziden im Verdacht, Parkinson und andere neurologische Erkrankungen zu verursachen. Aktuelle Langzeitstudien zeigen: Schon kleinste Mengen Glyphosat, die in der EU noch als „akzeptabel“ gelten, können krebserregend sein.

Unser Widerspruch gegen die Zulassung des Glyphosat-Mittels Roundup Future hatte zunächst große Wirkung: Das zuständige BVL setzte die Zulassung in wesentlichen Anwendungen aus. Doch nur wenige Monate später lenkte das BVL auf Druck des Herstellers Bayer ein und setzte die Zulassung hinsichtlich aller Anwendungen wieder in Kraft. Dagegen kämpfen wir derzeit mit einem Eilverfahren.

An der Mosel streiten wir weiter für den bedrohten Mosel-Apollofalter und die Biodiversität: Nachdem das Verwaltungsgericht Koblenz unsere Klage gegen die Ausnahmegenehmigungen für das Ausbringen via Hub-schrauber und Drohnen im Jahr 2024 abgewiesen hat,

ziehen wir nun in die nächste Instanz, denn anders als das Gericht sehen wir eine Wiederholungsgefahr. Schließlich vergab die zuständige Behörde in Rheinland-Pfalz solche Ausnahmegenehmigungen jedes Jahr aufs Neue.

Laut Pflanzenschutzrecht müssen Landesbehörden kontrollieren und sicherstellen, dass verbotene Pestizid-Mittel weder verkauft noch ausgebracht und

Abstandsauflagen beachtet werden. Hier haben wir erhebliche Defizite aufgedeckt. Unsere bundesweite Abfrage zeigt: Tatsächlich werden in einigen Bundesländern nicht einmal 10 Prozent der Verkaufsstellen und teils weniger als 1,5 Prozent der Betriebe kontrolliert. Um diesen Missstand zu beenden, planen wir weitere Abfragen und geben deren Ergebnisse an die Medien weiter.

Förderer:

Olin gGmbH,
Protect the Planet,
Umweltinstitut München

Wo falsche Versprechen Verbraucher täuschen

Ob Smartwatches, Flugreisen oder Sportschuhe – immer mehr Unternehmen werben mit angeblichen Umweltvorteilen. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich: Hinter vielen dieser Versprechen steckt Greenwashing, also der Versuch, ein falsches oder übertrieben positives „grünes“ Image zu generieren. Das Problem: Verbraucherinnen und Verbraucher werden dadurch gezielt in die Irre geführt, während klimaschädliche Geschäftspraktiken bestehen bleiben.

Das lassen wir nicht durchgehen. Seit Mai 2022 haben wir über hundert erfolgreiche Greenwashing-Verfahren geführt. So auch gegen den Technologieriesen Apple. Der Konzern warb mit „CO₂-neutralen“ Smartwatches, obwohl ein erheblicher Teil der Klimaneutralität durch angebliche Kompensation erreicht wurde. Das dafür genutzte Waldprojekt in Paraguay kann die versprochene CO₂-Neutralität aber nicht garantieren. Für den Großteil der Projektfläche laufen die Pachtverträge bereits in vier Jahren aus, eine Verlängerung ist ungewiss. Ohne langfristige Perspektive ist ein umfassendes Neutralitätsversprechen nicht haltbar, urteilte das Gericht und gab uns recht.

Wie Apple musste auch der weltweit agierende Sportartikelhersteller Adidas vor Gericht eine Schlappe einstecken. Der Konzern versprach: „Bis 2050 werden wir klimaneutral.“ Doch das Gericht gab unserer Klage vollumfänglich statt und untersagte diese Täuschung. Denn Adidas hatte im Rahmen seiner Werbung keinen geeigneten Maßnahmenplan vorgelegt und verschwiegen, dass und in welchem Umfang Kompensation statt Vermeidung zum Zuge kommen sollte. Doch unsere Arbeit wirkt nicht nur vor Gericht: Dank unseres Engagements wird die Werbung mit Klimaneutralität, die sich auf Kompensation stützt, EU-weit ab Sommer 2026 auf Produktebene verboten sein. Ein wichtiger Meilenstein für den Verbraucherschutz!

Weil aktuell viele Unternehmen mit vagen Umweltversprechen werben, haben wir unser Engagement aus-

geweitet. Seit diesem Jahr gehen wir verstärkt gegen pauschale Aussagen wie „umweltfreundlich“ oder „nachhaltig“ vor, wenn diese nicht erklärt und belegt werden. Warum das nötig ist? Weil jeder zweite Verbraucher solchen Aussagen vertraut. Das nutzen viele Firmen schamlos aus. Einweg-Grills aus China werden als „100 % natürlich“ verkauft, Fast-Fashion-Schuhe als „nachhaltig“ oder Futter für Kühe als aus „umweltschonendem Anbau“ – ohne Belege, ohne Transparenz. Besonders dreist: Aussagen, die Gütesiegel imitieren und so das Vertrauen von Kundinnen und Kunden erschleichen. All solche Aussagen behindern eine informierte Kaufentscheidung und täuschen über die wahren Umweltauswirkungen hinweg.

Im März haben wir wegen der Irreführung durch vage Aussagen Klagen gegen fünf große Unternehmen eingereicht: Lancaster (Coty), Deichmann, L'Oréal, Tchibo und Toom. Im Sommer folgten weitere Klagen und neue Verfahren, unter anderem gegen Condor, Continental, Netto, Unilever und WMF.

Wir treten für Verbraucherrechte ein und setzen Greenwashing ein Ende – für ehrlichen Umwelt- und Klimaschutz.



» Wir ziehen
Großkonzerne zur
Verantwortung.
Denn leere Verspre-
chen bringen uns
nicht weiter. «

Roman Schilling,
Referent Ökologische
Verbraucherberatung
und Marktüberwachung



Werbeaussagen
rund um den Begriff
„klimaneutral“ halten
oft nicht, was sie
versprechen. Dem
gehen wir nach.

Die Verpackungswende muss kommen

Ob Joghurt, Öl oder Aufstriche: Im Supermarkt dominiert Einweg. Doch Abfallvermeidung ist möglich, wenn Supermärkte Verantwortung übernehmen. Mit unserem Verpackungsscheck, dem Mehrweginnovationspreis und fachlicher Expertise treiben wir die Verpackungswende voran.

Dank ihrer Teilnehmenden fördert die Deutsche Postcode Lotterie den DUH-Verpackungsscheck.

Das Projekt „Lebensmitteleinzelhandel auf dem Mehrweg“ wird gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Bundestages. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Mit rund 227 Kilogramm Verpackungsabfall pro Kopf und Jahr gehört Deutschland zu den Spitzenreitern in Europa. Rund 60 Prozent entfallen auf Lebensmittelverpackungen wie Joghurtbecher oder Einmachgläser, die nach einmaliger Nutzung zu Abfall werden. Um zu sehen, was Supermärkte gegen diese Müllflut tun, haben wir inzwischen zum vierten Mal den DUH-Verpackungsscheck in insgesamt 48 Filialen von zwölf Supermarkt- und Discounterketten durchgeführt. Das Ergebnis ist eindeutig: Während Biomärkte wie Alnatura oder Denns mit unverpacktem Obst, Gemüse und einem breiten Mehrwegangebot punkten, verharren Aldi, Lidl und Co. in der Einwegfalle. Obwohl etwa für Milchprodukte funktionierende Mehrweglösungen existieren, liegt der Anteil bundesweit bei nur 1,2 Prozent.

Doch Mehrweg birgt ein riesiges Potenzial für Klima- und Umweltschutz. Das zeigt zum Beispiel das Unternehmen Circujar, einer unserer diesjährigen Gewinner des Mehrweginnovationspreises. Ausgezeichnet haben wir Circujar für sein herstellerübergreifendes Poolsystem für Mehrweggläser im Supermarkt. Die Pool-Gefäße

können für Suppen oder Aufstriche genutzt werden, ersetzen bis zu 50 Einwegverpackungen und sparen außerdem bis zu 70 Prozent CO₂ ein. Solche Innovationen beweisen: Die Lösungen liegen längst auf dem Tisch, sie müssen jetzt vom Handel umgesetzt werden.

Genau hier setzt unser Projekt „Lebensmitteleinzelhandel auf dem Mehrweg“ an. Gemeinsam mit dem Mehrwegverband Deutschland e. V. untersuchen wir, wie sich Mehrweg auf acht Lebensmittelkategorien ausweiten lässt – von Molkereiprodukten über Öl, Essig und Wein bis hin zu Brotaufstrichen. Ziel ist es, wissenschaftlich fundierte Grundlagen zu schaffen, um Mehrweg durch Best-Practice-Beispiele bekannt zu machen und im Supermarktalltag zu verankern.

Zudem treten wir für eine Abgabe auf Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen ein, fordern segment-spezifische Mehrwegquoten für Milch und Wein sowie Vorgaben für vorverpackte Lebensmittel wie Öl, Essig und Aufstriche. Nur mit solchen politischen Rahmenbedingungen entsteht die nötige Lenkungswirkung, die Mehrweg-Verpackungen zum Standard macht.

Gesamtergebnis des DUH-Verpackungsschecks

In den 4 Kategorien Obst und Gemüse, Getränke, Frischmilch und Joghurt sowie Selbstbedienungs- und Frischetheke vergeben wir folgende Karten:

Grüne Karte für: 	  	<i>Auf dem richtigen Weg: Diese Unternehmen schöpfen in den getesteten Filialen Möglichkeiten zu Abfallvermeidung und Mehrweg weitestgehend aus.</i>
Gelbe Karte für: 	 	<i>Da geht noch was: Diese Unternehmen schöpfen in den getesteten Filialen die Möglichkeiten zu Abfallvermeidung und Mehrweg nur in Teilen aus.</i>
Rote Karte für: 	     	<i>Zu viel Einweg-Müll: Diese Unternehmen setzen in den getesteten Filialen viel zu stark auf Einwegverpackungen und lassen Möglichkeiten zu Abfallvermeidung und Mehrweg ungenutzt.</i>

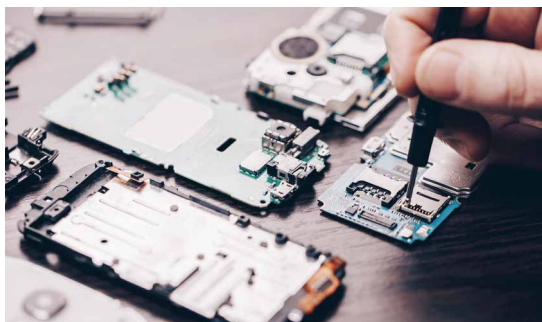
© DUH 2025. Methodik: nicht-repräsentative Stichprobe in 48 Märkten (je 4 Filialen: Aldi Süd und Aldi Nord, Lidl, Penny, Netto Marken-Discount, Norma, Rewe, Edeka, Kaufland, Alnatura, Denns Biomarkt und Bio Company). Testbesuche von Januar bis April 2025. Erfassung des Verpackungsangebots mit Hilfe eines standardisierten Testbogens in den Kategorien: Obst & Gemüse, Getränke, Frischmilch & Joghurt, Öl & Essig sowie SB- & Frischetheken. Vergabe von grünen, gelben und roten Karten zur Bewertung des durchschnittlichen Gesamtergebnisses.

Wir machen uns für Ökodesign stark

Mit der neuen Pflicht zu einheitlichen USB-C-Anschlüssen für das Laden von Smartphones, schnurlosen Telefonen und Tablets hat die EU eine Forderung der DUH für mehr Ökodesign umgesetzt. Doch bei anderen Produktgruppen, etwa Elektrofahrrädern, sorgt die Vielzahl an Ladesteckern noch immer für Frust und unnötigen Elektroschrott. Wir haben eine breite Verbändekoalition aufgebaut, um eine EU-weite Vereinheitlichung der Ladeanschlüsse zu forcieren. Das würde Vorteile für die Reparierbarkeit, Ersatzteilverfügbarkeit, ein effizientes Flottenmanagement und eine öffentliche Ladeinfrastruktur bringen.

Über Smartphones und Elektrofahrräder hinaus sollten sämtliche Elektrogeräte langlebig, reparierbar und recyclingfähig sein. Daher begleiten wir die hierfür relevanten EU-Gesetzgebungsprozesse. Wichtige Aspekte betreffen etwa die Kennzeichnung, Ersatzteilverfügbarkeit und Software-Updates. Auf nationaler Ebene kämpfen wir für eine gute Umsetzung bestehender Ökodesign-Vorschriften.

Da auch jede Produktion von Pkw – ob Verbrenner oder E-Auto – mit einem enormen Ressourcenbedarf verbunden ist, spielt ihr Ökodesign eine wichtige Rolle. In Gesetzeskonsultationen und Fachgesprächen setzen



Ökodesign-Vorschriften der EU regeln beispielsweise, welche Anforderungen Smartphones in punkto Reparaturfreundlichkeit erfüllen müssen.

wir uns dafür ein, dass Hersteller zu gutem Ökodesign gesetzlich verpflichtet werden: Die Fahrzeuge sollten klein, effizient und reparaturfreundlich sein.

Seit Mitte 2025 gelten neue EU-Vorschriften für Smartphones und Tablets bezüglich Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Verbraucherinformationen. Darauf aufbauend konnten wir irreführende Werbeaussagen des Herstellers Samsung zur Reparierbarkeit von zwei Smartphone-Modellen rechtlich stoppen. Auch künftig werden wir genau hinsehen, ob Hersteller und Händler ihren gesetzlichen Informationspflichten zu Reparierbarkeit, Akkulebensdauer oder Haltbarkeit der angebotenen Geräte nachkommen.

Gastronomie sperrt sich gegen Mehrweg to go

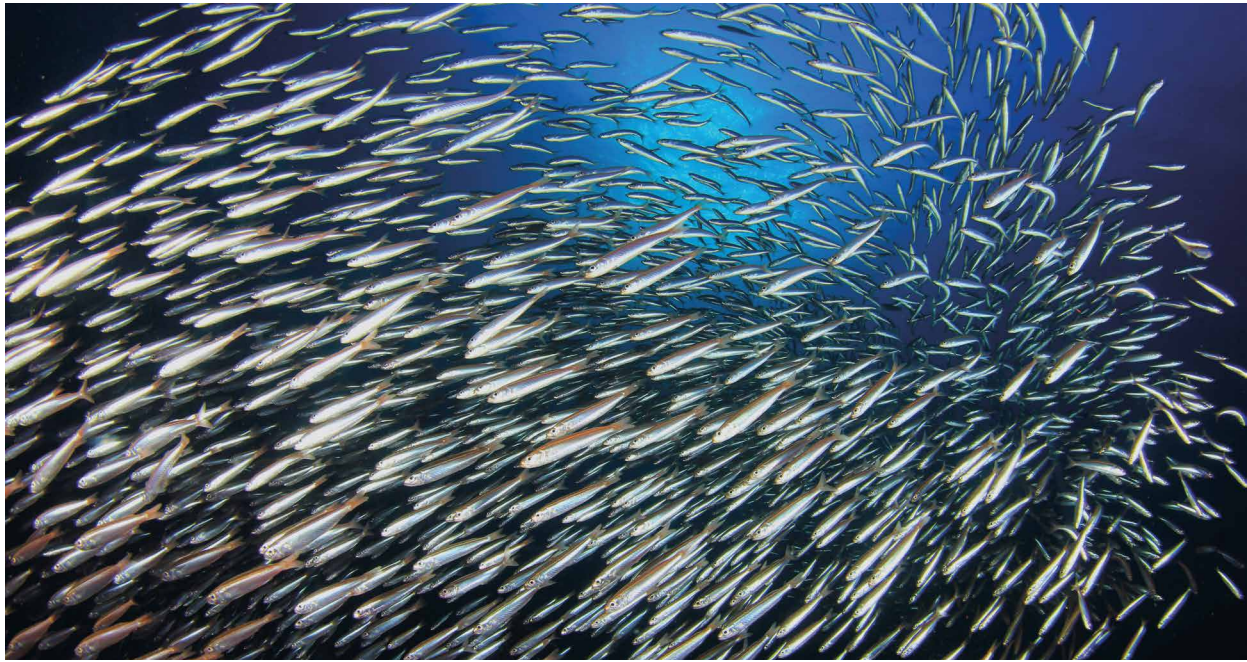
Seit fast drei Jahren verpflichtet der Gesetzgeber Gastronomiebetriebe, verzehrfertige Speisen und Getränke in Mehrwegboxen oder -bechern anzubieten. Doch in der Praxis sind die Abfallberge noch immer riesig und viele Unternehmen führen einen regelrechten Abwehrkampf gegen Mehrweg. Wir kämpfen für die Einhaltung der Mehrwegpflicht und weniger Müll – mit Erfolg.

Wenn Bäckereien, Restaurants oder Fast-Food-Ketten ihren Kunden Informationen zum Mehrwegangebot vorenthalten, praxisuntaugliche Mehrwegangebote machen oder die Angebotspflicht einfach ignorieren, handeln sie gesetzeswidrig. Allerdings kontrollieren die für den Vollzug zuständigen Behörden der Bundesländer dies kaum.

Daher führen wir stichprobenartige Tests durch und gehen gegen Verstöße vor, auch vor Gericht. So verurteilten die Landgerichte Berlin und Frankfurt am Main Franchisenehmer der Ketten Nordsee, Burgermeister,

Subway und Burger King dazu, ein gesetzeskonformes Mehrwegangebot bereitzustellen. Im Oktober dieses Jahres verurteilte das Landgericht München den Starbucks-Betreiber AmRest Coffee Deutschland wegen wiederholter Verstöße gegen die Mehrwegangebotspflicht. Unsere Testbesuche hatten gezeigt, dass in mehreren Filialen entweder gar kein oder ein nur unzureichendes Mehrwegangebot vorhanden war.

Aktuell sind weitere Verfahren anhängig, darunter unsere Klage gegen die Deutsche Bahn. Der staatseigene Konzern handelt nach unserer Einschätzung beim Getränkeausschank gesetzeswidrig. Während Gläser und Porzellantassen nur für den Verzehr im Zug bereitstehen, gibt es für Getränke zum Mitnehmen außerhalb des Zuges kein gleichwertiges Mehrwegangebot. Die gerichtliche Entscheidung erwarten wir im kommenden Jahr. Mit langem Atem kämpfen wir weiter für ein konsequentes und verbraucherfreundliches Mehrwegangebot.



Meeresschutz zwischen Gigawatt und Grundschleppnetzfisherei

Zum Schutz unserer Biodiversität, unseres Klimas sowie der Menschen, die auch wirtschaftlich auf gesunde Meere angewiesen sind, machen wir Druck für eine starke nationale wie internationale Meeresschutzpolitik.

Als eine der zerstörerischsten Fischereimethoden gilt die Grundschleppnetzfisherei. Ein schweres Netz mit Metallplatten, langen Rundhölzern, Ketten oder Rollen wird über den Meeresboden geschleift, wühlt ihn auf, zerstört empfindliche Lebensräume wie Riffe, Sandbänke und Seegraswiesen und tötet boden-

lebende Arten wie Muscheln, Seesterne oder Korallen. Nicht nur die Zielarten gehen ins Netz, bedrohte Arten oder noch nicht ausgewachsene Jungtiere werden als unerwünschter Beifang häufig tot wieder über Bord geworfen. Beim Schleppen werden zudem große Mengen Kohlenstoff aus dem Meeresboden freigesetzt, die zur Ozeanversauerung und Klimakrise beitragen.

Trotzdem ist ausgerechnet diese Art der Fischerei noch immer in Meeresschutzgebieten erlaubt. Deshalb hat die DUH gemeinsam mit der Environmental Justice Foundation und drei weiteren Organisationen im April 2025 eine offizielle Beschwerde bei der Europäischen Kommission gegen Deutschland, Frankreich und Italien eingereicht. 85 Prozent der deutschen marinen Natura 2000-Gebiete sind von Grundschleppnetzfisherei betroffen.

Besonders verheerend ist die Situation im deutschen Wattenmeer, einem UNESCO-Weltnaturerbe: Nur rund 1,4 Prozent der dortigen Schutzgebiete sind ausreichend vor Grundschleppnetzfisherei geschützt. Das ist uns zu wenig! Solange Deutschland Grundschleppnetzfisherei in Natura 2000-Gebieten erlaubt, verstößt es gegen europäisches Umweltrecht, unter anderem gegen Verpflichtungen gemäß der europäischen Fauna-



Beim Blue-March zu Beginn der UN Ocean Conference demonstriert DUH-Meeresschutzexpertin Lisa Babak gegen die Grundschleppnetzfisherei in Schutzgebieten.

Fotos: Richard Carney (o.), DUH (u.l.)

Flora-Habitat-Richtlinie. Damit die Zerstörung in unseren Meeresschutzgebieten ein Ende hat, fordern wir, dass die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleitet.

Der Schlüsselfrage für Meeresschutz und Energiewende, wie der naturverträgliche Ausbau durch länderübergreifende und ökosystembasierte marine Raumplanung gelingen kann, haben wir auf internationaler Bühne Gehör verschafft: Sie stand im Mittelpunkt unseres Side Events im Rahmen der 3. UN-Ozeankonferenz in Nizza Mitte 2025, der einzigen Veranstaltung dort, die sich explizit mit den Chancen und Herausforderungen befasste.

Die Resonanz war dementsprechend groß. Vertreterinnen und Vertreter aus europäischen und internationalen Ministerien, Forschung, NGOs und Energie-

agenturen diskutierten über Wege zu einer ökologisch verantwortungsvollen Offshore-Planung. Deutlich wurde: Nur mit klaren Leitlinien, verbindlichen Schutzstandards und echtem politischen Willen kann der Ausbau gelingen, ohne die Meere zu gefährden. Mit unseren Partnern, der Meeresschutzallianz Seas At Risk und dem Netzbetreiber 50Hertz haben wir gezeigt, dass ein „Nature First“-Ansatz wirtschaftlich sinnvoll ist, durch bessere Planung und geringere Nutzungskonflikte schafft er sogar Vorteile.

Mit dem Side Event haben wir starke Impulse für internationale Meeresschutz- und Energiepolitik gesetzt – praxisnah, lösungsorientiert und mit einer klaren Vision für eine Energiewende, die Meeresökosysteme schützt statt zerstört.

Bahnbrechendes Urteil für sauberes Wasser

Nach mehr als dreißig Jahren Kampf gegen Nitratverschmutzung des Grundwassers und für gesundes Trinkwasser hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im Oktober 2025 der DUH-Klage gegen die Bundesregierung zur nationalen Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie recht gegeben.

Nachdem wir bereits unsere Nitrat-Klagen gegen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gewonnen hatten, muss jetzt Bundesagrarminister Alois Rainer ein Nitrataktionsprogramm vorlegen, das plausibel beschreibt, wie der Nitrat-Grenzwert von 50 Milligramm je Liter Grundwasser an jeder Messstelle in ganz Deutschland erreicht werden kann. Erst im Sommer 2025 hatte der Minister auf Druck der Agrarlobby die Stoffstrombilanzverordnung und damit das Verursacherprinzip im Düngerecht per Ministerverordnung abgeschafft – ohne Beteiligung von Bundestag und Bundesrat. Das Urteil zwingt ihn nun zur Umkehr und zur Verbesserung der Düngeregel.

Die Umsetzung wird nicht von selbst passieren. Strenge Umweltregeln kollidieren mit Profitinteressen der Agrar- und Fleischindustrie: Schlachttiere und Milch sind billiger, wenn Mist und Gülle unkontrolliert ausgebracht werden dürfen – auf Kosten des Wasserschutzes. Regelmäßig verunglimpft die Agrarlobby ein besseres Düngerecht als „Bürokratiemonster“. Fakt ist: Für bäuerliche Betriebe mit Flächenbindung ändert

sich gar nichts. Neue Pflichten kommen allerdings auf Behörden und die Massentierhaltung zu.

Mit einer offiziellen Anfrage haben wir einen eklatanten Missstand aufgedeckt: Zuständige Behörden ignorieren bei Kontrollen häufig die vorliegenden Dünge-Dokumentationen, dafür nutzen sie eine Lücke im Düngerecht. Die betrieblichen Nährstoffbilanzen offenbaren zuverlässig jeden einzelnen Verursacher von Überdüngung. Ein verbessertes Düngerecht muss Behörden zwingen, hinzusehen, das Verursacherprinzip anzuwenden und Überdüngung mit wirksamen Maßnahmen zu stoppen. Wer zu viele Tiere hält und in großem Maß Futter wie etwa Soja aus Regenwaldregionen zukaft, hat meist zu wenig Fläche, um die Gülle umweltgerecht auszubringen. Ein verbessertes Düngerecht birgt das Potenzial, die erlaubten Tierzahlen endlich wieder an die Hoffläche zu koppeln und so die industrielle Tierhaltung zu bremsen. Ökobetriebe gelten bei Wasserwerken als Helfer beim Wasserschutz, hier könnten Kontrollen reduziert werden.

Auch vor dem Europäischen Gerichtshof kämpfen wir weiter für sauberes Wasser: Landesregierungen bringen bisweilen Ausreden vor, warum sie den Nitrat-Grenzwert im Grundwasser auch 2027 und sogar 2041 nicht fristgerecht einhalten. Das Urteil wird EU-weit klarstellen, welche Erklärung für das Verfehlen des Grenzwertes zulässig ist und wo es sich um faule Ausreden handelt.



» Die EU-Nitrat-grenzwerte bilden ein scharfes Schwert gegen Gülle-Überdüngung. Jedoch ohne die DUH-Klagen würden Bund und Länder den Wasserschutz den Interessen der Fleischindustrie opfern. «

Reinhild Benning,
Politische Leitung
Landnutzung und
Agrarökologie

Auch fantasievoll
benannter Diesel heizt
die Klimakrise an. Und
biogene Kraftstoff-
Beimischungen
verursachen meist
sogar noch mehr
Klimaschäden.



HVO100, E10, B7 – allein die Fakten zählen

Der Verkehrssektor muss dringend klimafreundlicher werden. Doch die deutsche Autoindustrie will sich aus ihren CO₂-Minderungspflichten herauswinden und erhält hierbei Beistand von der Bundesregierung. Gemeinsam debattieren Industrie und Politik über das Verschieben des Verbrenner-Ausstiegs und mehr biogene Kraftstoffe. Der Hochlauf von E-Autos gerät dabei aus dem Blick.

Die Verbrenner- und Kraftstoff-Diskussionen auf nationaler sowie auf EU-Ebene befassen sich allzuoft mit Scheinlösungen. Unsere starke Stimme für Umwelt und Klima hat dazu beigetragen, wissenschaftsbasierten Argumenten Gehör zu verschaffen.

Bei der 2025 noch laufenden nationalen Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) im Verkehr lautet die zentrale Frage: Aus welchen Quellen wollen wir Energie für den Verkehr nehmen und wie können wir hier CO₂-Emissionen reduzieren? Doch statt E-Mobilität zur obersten Priorität zu erklären, will die Regierungskoalition weiter klimaschädliche und ineffiziente Kraftstoffe fördern und rüttelt dazu noch am Verbrenner-Ausstieg, indem sie biogene Kraftstoffe, Wasserstoff und E-Fuels als Optionen benennt.

Biogene Kraftstoffe werden seit mehr als 15 Jahren staatlich gefördert: meist beigemischt in B7 und E10 und seit 2024 in HVO100 auch als Reinkraftstoff. Die Biospritlobby stellt ihre Kraftstoffe häufig als eine komplementäre Klimailösung zu E-Autos dar. Doch laut einer neuen, vom renommierten Institut Ceruly verfassten Studie ver-

ursacht die weltweite Agrokraftstoffproduktion circa 16 Prozent mehr CO₂ als fossile Kraftstoffe. Das liegt vor allem an den riesigen Anbauflächen. Auch kommt eine von uns in Auftrag gegebene Untersuchung des ifeu-Instituts zu dem Ergebnis: „Bio“-Diesel wie HVO100 aus Altspeiseöl kann klimaschädlicher sein als fossiler Diesel.

Deutschland setzt mittlerweile vermehrt solche Abfall- und Reststoffe für biogene Kraftstoffe ein. Allerdings belegen aktuelle Untersuchungen des Umweltverbands Transport & Environment, dass ein Teil der Abfall- und Reststoffmengen, die angeblich in „Bio“-Kraftstoffe fließen, faktisch gar nicht existiert: Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden frische Pflanzenöle wie das klimaschädliche Palmöl umdeklariert und als Abfall- oder Reststoff gelabelt.

Bei den im Jahr 2026 fortgesetzten Anpassungen der Regulierungen rund um Verbrenner und Kraftstoffe werden wir mit Nachdruck auf die öffentliche Debatte und die Politik einwirken: gegen ein „Verbrenner-Weiter-So“ mit klimaschädlichen Kraftstoffen und für eine umfassende und echte Antriebswende.

Förderer:
Venture and Nature
Fund (VNF),
European Climate
Foundation (ECF)

Unser Rundumschlag gegen PFAS

Sie sind unsichtbar, giftig und praktisch unauslöschlich: PFAS, die sogenannten „Ewigkeitschemikalien“. Einmal in die Umwelt gelangt, reichern sie sich im Trinkwasser, in Böden und Pflanzen, in Tieren und im menschlichen Körper an. Die Chemikaliengruppe umfasst mehrere Millionen Substanzen, die in unzähligen Alltagsprodukten und industriellen Anwendungen eingesetzt werden.

Gegen PFAS sind wir schon seit mehr als 15 Jahren aktiv und packen jetzt mehrere Probleme gleichzeitig an: Kältemittel, Pestizide und direkte Emissionen aus Industrieanlagen zählen zu den Quellen, die die Umwelt mit großen Substanz-Mengen belasten, die jedoch vermeidbar wären.

Trifluoressigsäure (TFA) ist das kleinste PFAS-Molekül sowie ein Abbauprodukt vieler größerer PFAS: Die Chemikalie verteilt sich ungebremst in der Umwelt und ist mittlerweile in 78 Prozent aller Grundwassermessbrunnen in Deutschland zu finden. Es gibt keine Möglichkeit, sie großflächig wieder zu entfernen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass TFA nicht nur extrem langlebig ist, sondern auch das Potenzial hat, die Fortpflanzung zu schädigen. Ein EU-Verfahren zur offiziellen Einstufung als „reproduktionstoxisch“ läuft bereits.

Supermärkte, Rechenzentren, Wärmepumpen, Pkw und viele weitere Anwendungen nutzen Kältemittel, die große Mengen TFA bilden. Die schädlichen Gase entweichen nach Leckage aus den Klimaanlage in die Atmosphäre. Doch die Gesundheitsrisiken und der ökologische Schaden wären vermeidbar, denn längst sind umweltfreundliche, natürliche Kältemittel erprobt und auf dem Markt erhältlich.

Wir kämpfen für eine zukunftsfähige, PFAS-freie Kühlung und arbeiten deshalb aktiv in einem euro-

päischen PFAS-Beschränkungsverfahren innerhalb der Chemikalienverordnung REACH mit. Dieses Verfahren zielt darauf ab, PFAS in ihrer Gesamtheit zu regulieren und dort zu verbieten, wo sie nicht nötig oder Alternativen verfügbar sind.

Dass TFA-bildende Pestizide auf Felder und sogar in Wasserschutzgebieten ausgebracht werden dürfen, ist ein Skandal. So wird unser Grundwasser systematisch mit einer hochpersistenten Chemikalie vergiftet. Gegen die Zulassung TFA-bildender Pestizide gehen wir juristisch vor (siehe auch Seite 14). Der Widerruf des Herbizids Flufenacet war ein Durchbruch, nun kämpfen wir mit mehreren Klagen gegen die von den Zulassungsbehörden üppig gewährten Abverkaufs- und Aufbrauchsfristen. Parallel klagen wir in Schleswig-Holstein auf Einhalten der gesetzlichen Pestizid- und TFA-Grenzwerte.

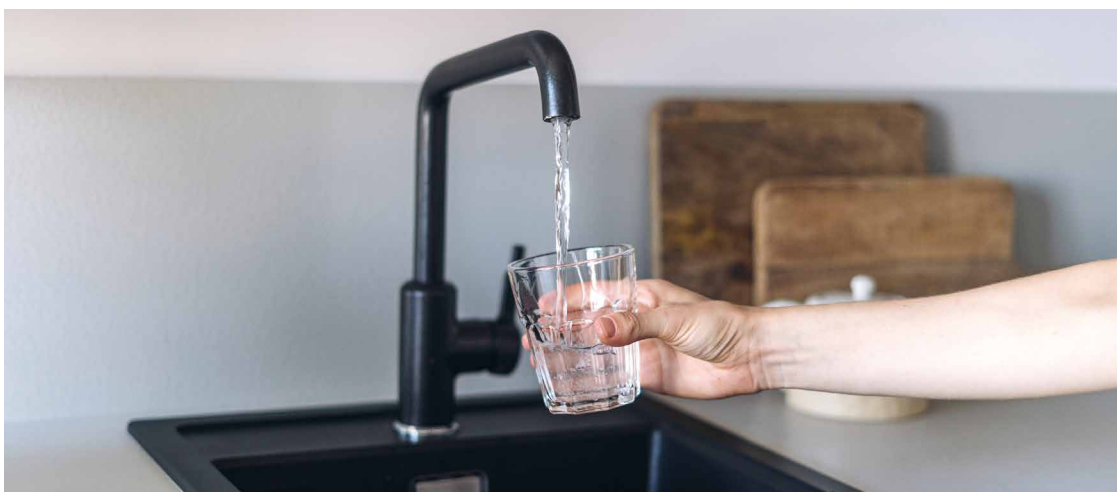
Unser dritter Arbeitsschwerpunkt ist TFA aus der Chemieindustrie. In Deutschland besitzen Unternehmen teilweise eine Genehmigung für das Einleiten TFA-haltiger Abwässer in Flüsse. Mit einem Antrag bei der zuständigen Behörde, dem Regierungspräsidium Stuttgart, haben wir Druck gemacht und erreicht, dass der Chemiekonzern Solvay angekündigt hat, seine Produktion umzustellen und die TFA-Einleitungen Anfang 2026 zu beenden. Ein wichtiger Teilerfolg, den wir genau überwachen werden, bis den Worten auch Taten folgen.

Unser Engagement zeigt: Wir nehmen es mit der Chemieindustrie auf – strategisch, juristisch und politisch. Wir sorgen für Aufklärung, stoßen Regulierungen an, schaffen Alternativen und machen Druck, bis die Politik handelt.



» Die Umweltverschmutzung durch PFAS-Chemikalien zählt zu den größten Krisen für unseren Planeten und unsere Gesundheit. «

Christine Lützkendorf,
Referentin für PFAS und
Fluorierte Treibhausgase



PFAS-Chemikalien gelangen in den Boden, ins Grundwasser, in Flüsse und Seen und sind längst auch schon im Trinkwasser nachgewiesen.



Zum 30. Mal verlieh die Deutsche Umwelthilfe den UmweltMedienpreis. Auf der Preisverleihung Mitte Oktober 2025 nahmen ihn die Medienschaffenden – hier mit ihren Laudatorinnen und Laudatoren – im Berliner Meistersaal entgegen.

Damit Umwelt- und Klimaschutz im Gespräch bleiben

Bei einer großen Preisverleihungsgala im Berliner Meistersaal haben wir Mitte Oktober – im Jubiläumsjahr unseres 50-jährigen Bestehens – zum 30. Mal herausragende Medienschaffende mit dem UmweltMedienpreis geehrt. Ausgezeichnet wurden ein exzellentes Investigativ-Team, prominente TV-Macher und -Persönlichkeiten sowie bester Journalismus für junge Menschen. Mit einem Sonderpreis ehrte die Jury eine ganze Sendergruppe, die Citizen Science zu einem wichtigen Umweltthema gemeinsam mit ihren Zuschauerinnen und Zuschauern machte.

In Wathose und Gummistiefeln nimmt Matthias Walter das Publikum auch visuell mit an „#unsereFlüsse“, bereit für die Welle der Aufmerksamkeit, die ein ARD-Team mit der gleichnamigen bundesweiten Mitmachaktion und Dokumentation für den Zustand unserer heimischen Flüsse losgetreten hat. „Sie haben dafür gesorgt, dass junge und alte Menschen zu den Gewässern gepilgert sind, dass sie sich für den Zustand ihrer Bäche interessieren oder dass sie auch mal für einen Check hineinwaten. Sie sind quasi die Schöpfer der MWAGA-Bewegung, Make Wathose Great Again!“ kündigt der DUH-Geschäftsführer, der mitreißend durch den Abend führt, die Preisträgerinnen und Preisträger des Sonderpreises der Jury an.

Das Leuchtturm-Projekt der Journalistinnen **Jessy Wellmer, Melanie Stucke,**

Gesine Enwaldt und des Journalisten **Thomas Reutter** geht weit über reine Berichterstattung hinaus. Über 3.800 Menschen haben sich beteiligt, ihre Beobach-



Matthias Walter zog sich passend für die Verleihung des Sonderpreises an das ARD-Team um, das mit seinen Zuschauern Citizen Science zum Zustand unserer Flüsse machte. Tagesthemen-Moderatorin Jessy Wellmer (o.li.) konnte nicht an der Preisverleihung teilnehmen.

tungen wurden für zahlreiche spannende Medienbeiträge aufbereitet wie die Dokumentation „Wie retten wir Deutschlands Lebensadern?“. „Sie stiften Hoffnung in einer



DUH-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Margit Mönnecke gratuliert Thomas Reutter, Gesine Enwaldt und Melanie Stucke, die Laudatio hielt Claudia Roth, MdB (v.li.n.re.)

Zeit, in der viele glauben, es sei zu spät. Sie zeigen, dass wir gemeinsam etwas bewegen können“, hebt Claudia Roth, Kulturstatsministerin a.D. und Mitglied des Bundestages, in ihrer Laudatio hervor. „Und so steht dieser Abend, dieser Preis, für das, was möglich ist, wenn Medien Mut machen, wenn sie Teilhabe ermöglichen, wenn sie Geschichten erzählen, die verbinden statt spalten.“

In der Kategorie Text zeichnete die Jury den Meteorologen, TV-Wetterexperten und Buchautor **Sven Plöger** für sein Buch „Zieht euch warm an, es wird noch heißer!“ aus. Mit anschaulichen Beispielen in verständlicher Sprache führt Plöger vor Augen, wie tiefgreifend die Klimakrise unser Leben verändert. Ohne die dramatische Realität zu beschönigen, gelingt es ihm, Hoffnung und Handlungsperspektiven zu vermitteln.



Peter Wohlleben (re.), Förster, Buchautor und selbst UmweltMedienpreisträger 2016, hielt die Laudatio für Sven Plöger (li.)

Über vier Jahre recherchierten **Catharina Felke** und **Johannes Edelhoff** investigativ zur unsichtbaren Gefahr durch PFAS – jene „Ewigkeitschemikalien“, die Mensch und Umwelt dauerhaft belasten – und deckten auf, wie massive Lobbyaktivitäten deren Regulierung verhindern. Daraus entstanden ist unter anderem die ARD-Podcastreihe „11KM Stories: Das Gift in Dir“, für deren inhaltliche Tiefe und das atmosphärische Storytelling die Jury sie in der Kategorie Audio ehrte.

Der Preis in der Kategorie Video ging an die Journalistin und langjährige Panorama-Moderatorin **Anja Reschke** für die Folge „Die Holzlobby – Volle Kassen, tote Wälder“ in ihrem eigenen Format „Reschke Fernsehen“. In ihren hervorragend recherchierten und kreativ bis satirisch umgesetzten Sendun-



Die Laudatio für Catharina Felke (Mitte) und Johannes Edelhoff (li.) hielt Dr. Anja Nordmann, Politische Geschäftsführerin bei LobbyControl e.V.



Samira El Hattab (re.), Journalistin, Moderatorin und Gesicht des WDR-Instagramangebots „klima-neutral“, lauretierte Anja Reschke (Mitte). Prof. Dr. Margit Mönnicke (li.), Bundesvorsitzende der DUH, überreichte den Preis.

gen nimmt sie sich mit ihrem Redaktionsteam gesellschaftlicher Missstände an, entlarvt Machtstrukturen und wirtschaftliche Interessen wie jene, die Wälder zerstören.

Den Publikumspreis erhielt das Team des YouTube-Kanals **Simplicissimus** für seine investigativen umweltpolitischen Recherchen. Mit Videos wie „Das üble Geschäft mit Wasser“ oder „Wer hat Nord Stream gesprengt“ erreichen sie Millionen Menschen. Tausende hatten das Team in einer Online-Abstimmung als ihren Favoriten gewählt. Nominiert waren auch der Twitch-Streamer Dracon sowie der Insektenforscher und Autor Thomas Hörren.

Als Überraschungsgast anlässlich der 30. UmweltMedienpreis-Verleihung berichtet Schauspieler und Umweltaktivist Hannes Jaenicke – selbst einer der bisher 187 Preisträger und 108 Laudatoren – vom Gegen-



Julia Nauth und Paul Lühnsdorf nahmen den Publikumspreis für den YouTube-Kanal **Simplicissimus** entgegen. Julia Vismann, Moderatorin und Wissenschaftsjournalistin, UmweltMedienpreisträgerin 2022, stellte die Nominierten vor.



Hannes Jaenicke dankt dem Kernteam mit Erika Blank (re.), seit 37 Jahren und 30 Verleihungen die „Grande Dame“ des UmweltMedienpreises, Matthias Walter und Antonia Paul.

wind durch Lobbyverbände und Politik: „Wir machen gerade eine Rückwärtsrolle ins fossile Mittelalter!“ Sein leidenschaftlicher Appell: „Heute braucht es den UmweltMedienpreis dringender denn je, es wird uns immer schwerer gemacht!“ Jedem, der nicht aufgibt, spricht er seine Bewunderung aus, denn „der Versuch, uns mundtot zu machen, ist echt nicht mehr zu übersehen.“

Das unterstrich auch Margit Mönnecke, Bundesvorsitzende der DUH, schon in ihrer Eröffnungsrede: „Klima- und Naturschutz stehen derzeit politisch und medial oft zurück hinter allem anderen, was auf der Welt passiert. Diese Auszeichnung ist auch ein Dank – an all jene, die Tag für Tag das Unsichtbare sichtbar machen, die unbequeme Fragen stellen und so dafür sorgen, dass Umwelt- und Klimaschutz im Gespräch bleiben.“

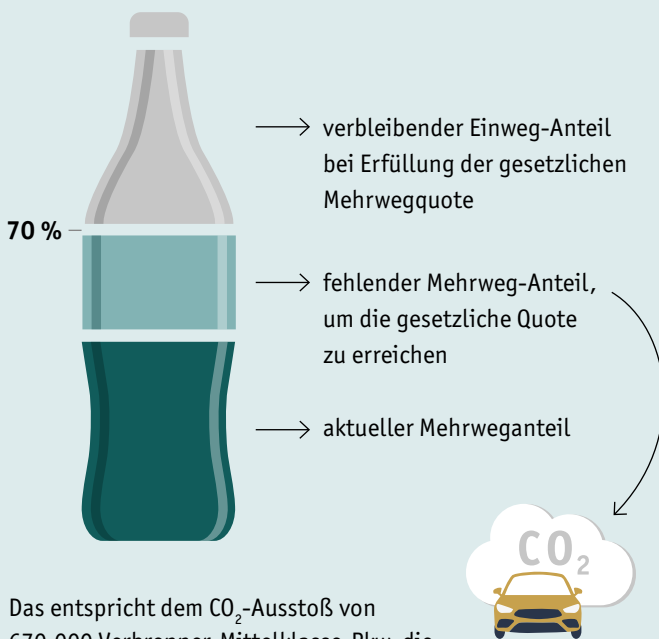
Herzlichen Glückwunsch an alle
hochverdienten Preisträgerinnen und Preisträger!

Hartnäckig für mehr Klimaschutz

Um der Klimakrise wirksam entgegenzutreten, braucht es Konzepte und Lösungen, die schnell greifen. Solche Vorschläge haben wir längst entwickelt und stellen hier eine Auswahl vor. Mit unseren fundierten und stets wissenschaftsbasierten Forderungen wenden wir uns an die Politik. Und wir machen Druck mit unseren Klimaklagen!

Bitte mehr Mehrwegflaschen

Würde man – wie es das Verpackungsgesetz vorsieht – 70% aller alkoholfreien Getränke in Mehrweg statt in Einweg-Plastikflaschen abfüllen, könnten jedes Jahr bis zu 1 Mio. t CO₂ eingespart werden.



Das entspricht dem CO₂-Ausstoß von 670.000 Verbrenner-Mittelklasse-Pkw, die im Durchschnitt 12.000 km pro Jahr fahren.

Quellen: eigene Berechnung, Umweltbundesamt

Sanieren statt abreißen

Weil das Herstellen von Baustoffen viel Energie kostet, sind Neubauten meist klimaschädlicher als eine Sanierung des Altgebäudes (mindestens um den Faktor 3). In Deutschland werden laut Statistik jedes Jahr etwa 12.000 Gebäude* abgerissen. Würde man sie sanieren, statt sie nach Abriss durch Neubauten zu ersetzen, könnten knapp 1 Mio. t CO₂-Äq jährlich vermieden werden.

Das entspricht dem durchschnittlichen Jahres-CO₂-Fußabdruck von 96.000 Menschen in Deutschland.



Quellen: Destatis, eigene Berechnung,

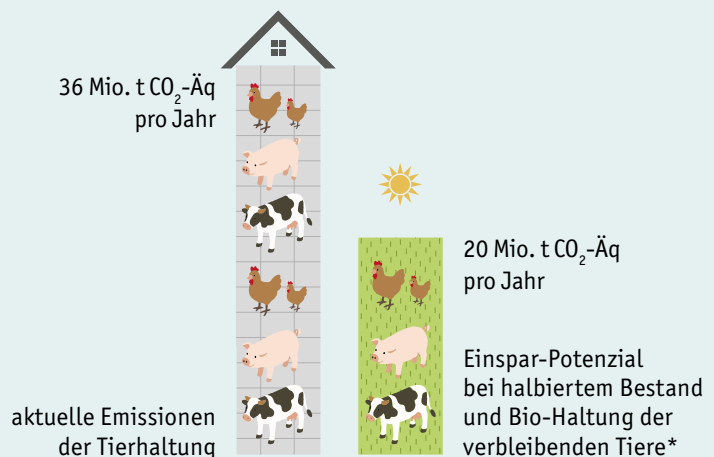
* Die Dunkelziffer ist nach Schätzungen 4-fach größer.

Riesiges Klimaschutz-Potenzial: weniger Nutztiere

Die Gesamtemissionen der Landwirtschaft liegen bei 54 Mio. t CO₂-Äq pro Jahr. Der größte Anteil stammt aus der Nutztierhaltung.

Wir fordern weniger Tiere auf mehr Platz. Das heißt konkret: Halbierung des Tierbestandes und ökologische und damit klimafreundlichere Tierhaltung.

Quellen: Umweltbundesamt 2024 und eigene Berechnung,
*eigene Schätzung der DUH



CO₂-Äq = CO₂-Äquivalente

Balkonkraftwerke sind ein Baustein der Energiewende

Wir setzen uns für mehr Zustimmung zu Balkonkraftwerken bei den größten Vermietern ein sowie für Klarheit in der Rechtsprechung. Unser Beispiel zeigt, was wir erreichen, wenn in jeder zweiten Wohnung ein Balkonkraftwerk Strom erzeugt.

Einspar-Potenzial durch Balkonkraftwerke in jeder 2. Wohnung in DE:
mindestens 2 Mio. t CO₂-Äq pro Jahr *



zum Vergleich: Beleuchtung in privaten Haushalten verursacht
rund 3,3 Mio. t CO₂-Äq pro Jahr**

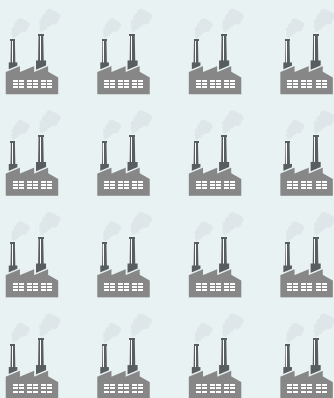


Quellen: * eigene konservative Berechnung (400 Wattpeak und suboptimaler Neigungswinkel), ** Destatis

Neue Gaskraftwerke – was bedeutet das konkret fürs Klima?

Die Bundesregierung plant, Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 8 Gigawatt neu zu bauen. Das entspricht etwa 16 großen Kraftwerken. Zwar sollen diese „H2-Ready“ gebaut werden, ein Umstiegsdatum auf Wasserstoff hat die Bundesregierung jedoch nicht festgelegt.

Zusammen werden die Kraftwerke etwa 6,5 Mio. t CO₂-Äq pro Jahr verursachen. Um dies auszugleichen, bräuhete man 13.000 km² naturnahen Wald. Das entspricht mehr als 80 % der Landesfläche von Thüringen.



→ 6,5 Mio. t CO₂-Äq



Quelle: eigene Berechnung (Annahme: Jedes Kraftwerk läuft mit 2.000 Betriebsstunden im Jahr.)

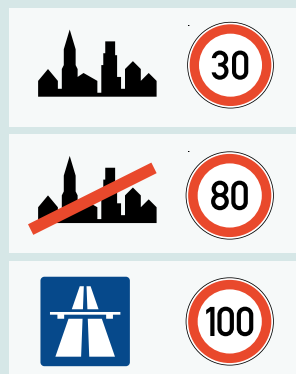
Der Verkehrssektor lahmmt im Klimaschutz

Die Politik hat bislang keine Maßnahmen beschlossen, um die Klimagasemissionen im Verkehr ausreichend zu senken. Allein durch ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 außerorts ließen sich zwei Drittel der Klimalücke im Verkehrssektor schließen.

18 Mio. t CO₂-Äq pro Jahr

knapp 12 Mio. t CO₂-Äq pro Jahr

- Klimalücke im Verkehr
- Einspar-Potenzial Tempolimit



Quelle: Umweltbundesamt und eigene Berechnung basierend auf Umweltbundesamt (Werte für das Jahr 2024)

Finanzen – unabhängig und transparent

Die Deutsche Umwelthilfe konnte 2024 die positive Entwicklung in der Projektarbeit und im Finanzergebnis fortführen. Es ist gelungen, unsere Aktivitäten kontinuierlich zu stärken und die damit verbundene Unabhängigkeit weiter zu festigen.

Im Jahr 2024 hatten wir einen ausgeglichenen Haushalt. Der Spendenrat und das DZI-Spenden-Siegel prüfen die Einhaltung ihrer Standards und unseren verantwortungsgerechten Umgang mit Geld. Wir haben uns außerdem verpflichtet, die Finanzen der DUH und ihre rechtlichen Verhältnisse nach den Regeln der Initiative Transparente Zivilgesellschaft offenzulegen. Da wir, wie jedes Jahr, den Jahresbericht im Dezember des laufenden Jahres veröffentlichen, finden Sie hier die Haushaltszahlen des Jahres 2024.

Einnahmen

Gegenüber dem Vorjahr wuchs das Haushaltsvolumen um 4,1 Millionen Euro auf nun 24,4 Millionen Euro. Diese erfreuliche Steigerung wird durch die positive Entwicklung der verschiedenen Einnahmequellen der DUH ermöglicht.

Spenden und Fördermittel sind nach wie vor die bedeutendste Einnahmeposition. Vor allem Privatpersonen und Stiftungen, aber auch Projektunterstützungen von der Europäischen Union, des Bundes sowie mehrerer Landesregierungen helfen uns, unsere Ziele zu erreichen.

Mit einem weiteren Wachstum der Unterstützungen durch Privatpersonen in Form von Spenden oder Mitgliedsbeiträgen auf eine Gesamtsumme in Höhe von 8,7 Millionen Euro wächst die Bedeutung dieser Einnahmen-Kategorie. Aber auch die anderen Arten der Unterstützung, in Form von Zuschüssen und Spenden von Institutionen, leisten mit 10,6 Millionen Euro einen großen Beitrag zur Stärkung unserer Finanzkraft. Davon entfallen 2,2 Millionen Euro auf öffentliche Zuschüsse. Unternehmen haben uns mit zirka 969.000 Euro unterstützt.

Die Einnahmen aus der Ökologischen Verbraucherberatung und Marktüberwachung betrugen zirka 3,9 Millionen Euro. Wie in den Vorjahren haben wir diese Einnahmen für die Finanzierung der Marktüberwachung sowie der verbraucherschutzbezogenen Aktivitäten ver-

wendet. Mit der breit angelegten Einnahmenstruktur konnten wir unsere Unabhängigkeit weiter stärken und die Grundlage unserer Aktivitäten festigen. Unsere Förderer und Unterstützer ermöglichen so unsere aktive Rolle im Natur- und Klimaschutz.

Folgende Institutionen und Stiftungen haben 2024 maßgeblich zu unserem Haushalt und damit zur Umsetzung unserer Projekte und fachlichen Arbeit beigetragen:

- Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Bundesamt für Naturschutz
- Deutsche Postcode Lotterie
- European Climate Foundation

Wir danken allen Zuwendungsgebern sehr herzlich für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit.

Ausgaben – Verwendung für Projekte

Ähnlich wie im Vorjahr entfielen rund 80 Prozent der Ausgaben auf unsere Projekte. Den größten Teil der Projektarbeit leisten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst und nur ein kleinerer Teil unserer Mittel wurde an Partnerorganisationen in Form von Projektförderungen weitergegeben. Die Aufwendungen für Verwaltung liegen bei 8,9 Prozent und die für Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit bei 6,5 Prozent. Mehr als die Hälfte unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf. Mit dem Jahresüberschuss von 307.823 Euro und den Erbschaften i.H.v. 538.274 Euro stärken wir weiter unsere Rücklagen.

Mittelherkunft für künftige Projekte

Die Bilanzsumme ist erneut auf nun 14,4 Millionen Euro angestiegen. Darin enthalten sind (unter Verbindlichkeiten ausgewiesen) zirka 7,5 Millionen Euro zweckgebundene Mittel, die für die zukünftige Projektarbeit bereitstehen. Hinzu kommt das Sondervermögen des Venture and Nature Fund in Höhe von 259.004 Euro, welches die Umsetzung besonders zukunftssträchtiger Projekte ermöglicht. Mit den Einnahmen aus Erbschaften und dem moderaten Haushaltsüberschuss konnten wir erneut das Eigenkapital stärken und so die freien Rücklagen des Vereins ausbauen.

Jahresabschluss

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs für Kapitalgesellschaften. Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden danach im Haushalt erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht werden. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Koch & Eicken GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2024 geprüft.

Mitarbeitende und Standorte

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte mit Stand September 2025 insgesamt 195 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, außerdem 27 Aushilfen und Werkstudierende. 164 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Geschäftsstelle Berlin, 61 in der Geschäftsstelle Radolfzell, weitere zwei in der Geschäftsstelle Hannover. Fünf sind im Projektbüro Erfurt tätig und eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen. Aufgrund der sehr guten Erfahrungen in den vergangenen Jahren freuen wir uns, dass wir 2025 drei FÖJlerinnen beschäftigen konnten. Das Team der Deutschen Umwelthilfe e.V. setzt sich aus dem Bundesvorstand, der fünfköpfigen Bundesgeschäftsführung, sechs inhaltlich arbeitenden Fachbereichen, dem Bereich Marketing und Fundraising, unserem Kommunikations- und Kampagnenteam und

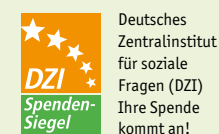
den Bereichen Finanzen und Verwaltung zusammen. 183 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden nach unserem DUH-Gehaltstarif bezahlt. Da das Jahr 2025 noch nicht abgeschlossen ist, geben wir die Gehälter für das Jahr 2024 an. Das Durchschnittsgehalt (umgerechnet auf Vollzeit) der Leitungsebene lag bei 122.101 Euro. Unsere Mitarbeitenden mit besonderer fachlicher Qualifikation und Verantwortung, wie zum Beispiel unsere Fachreferentinnen und -referenten, Senior Expertinnen und Experten, verdienen durchschnittlich 63.190 Euro. Alle anderen tariflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie unsere Sachbearbeiterinnen und -bearbeiter im Verwaltungsbereich und Projektassistenten der Fachbereiche, hatten ein Durchschnittsgehalt von 51.577 Euro. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten eine betriebliche Altersvorsorge. 2024 erhielten die neun Mitglieder des Vorstands für ihre Aktivitäten eine Aufwandsentschädigung von zusammen ca. 27.700 Euro.

Transparenz und Datenschutz

Die Deutsche Umwelthilfe trägt seit einer Reihe von Jahren das DZI-Spendensiegel. Dieses Siegel bestätigt den seriösen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern. Dazu lassen wir uns alljährlich an den Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) messen. Zusätzlich bekennt sich die Deutsche Umwelthilfe zu den ethischen Richtlinien für das gemeinnützige Erbe und ist damit Trägerin des Erbschaftssiegels. Bereits im Jahr 2017 ist die DUH der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. Wir stellen seitdem auf der DUH-Website jederzeit zentrale Informationen zur Transparenz über die rechtlichen Verhältnisse, die verantwortlichen Personen und die Finanzen der DUH bereit. Seit Anfang 2022 sind wir – entsprechend den gesetzlichen Vorgaben – im Lobbyregister des Deutschen Bundestages gemeldet.

Mit ihren Datenschutzregeln setzt die DUH die Vorgaben der DSGVO für maximale Sicherheit aller verwendeten Daten um (www.duh.de/datenschutz/).

Weiterhin ist die Deutsche Umwelthilfe seit 2025 vorläufiges Mitglied im Deutschen Spendenrat e.V. und verpflichtet sich ergänzend den damit verbundenen Grundsätzen der Gemeinwohl- und Spenderorientierung.



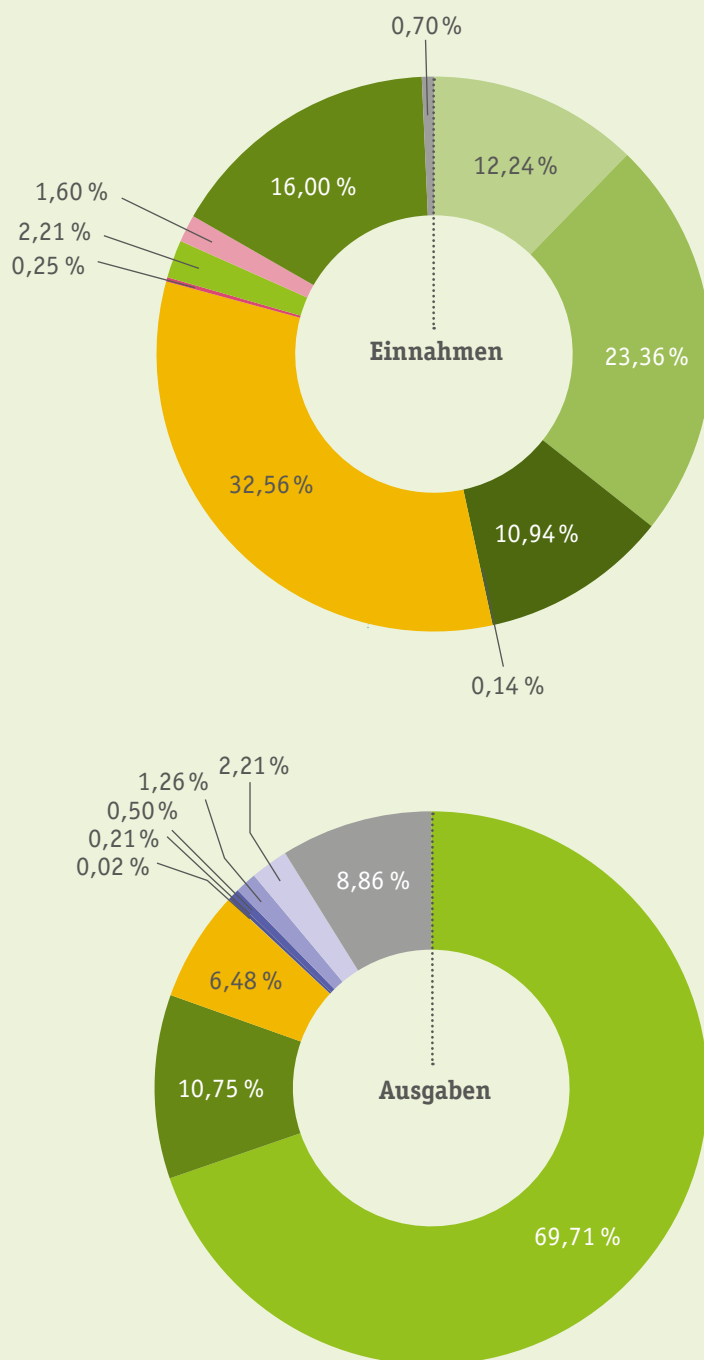
Einnahmen und Ausgaben 2024*

Einnahmen (gerundet)	2024 in €	2023 in €
Mitgliedsbeiträge	2.985.086	2.582.651
Privatspenden	5.696.623	5.921.905
Spenden von Institutionen / Unternehmen	2.667.213	2.397.772
Sponsorings	35.000	46.250
Projektzuschüsse	7.941.042	6.198.506
Zuweisungen von Geldauflagen (Bußgelder)	61.210	150.630
Erbschaften**	538.274	
Zins- und Vermögenserträge	392.565	120.675
Ökologische Marktüberwachung	3.903.951	2.733.956
Sonstige Erträge	169.261	108.303
Beauftragte Projekte		1.028
Summe Einnahmen	24.390.225	20.261.676

Ausgaben (gerundet)	2024 in €	2023 in €
Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit		457.063
Fachspezifische Arbeit (Verkehr und Luftreinhaltung, Kreislaufwirtschaft, Naturschutz und biol. Vielfalt, Energie und Klimaschutz, Kommunalen Umweltschutz)	17.001.158	15.387.751
Ökologische Verbraucherberatung und Marktüberwachung	2.621.229	
Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit	1.581.368	1.695.310
Zinsen	4.796	875
Sonstige	52.323	90.957
Abschreibungen	122.823	167.916
Einstellung in freie Rücklagen	307.823	261.749
Einstellung in Erbschaftsrücklagen	538.274	
Allgemeine Geschäftskosten (Allgemeine Verwaltung)	2.160.431	2.200.055
Summe Ausgaben	24.390.225	20.261.676

* Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht werden. Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz (Seite 4) sind gerundet ohne Nachkommastellen angegeben.

** Erbschaften wurden in den Vorjahren direkt in die Bilanzrücklage überführt.



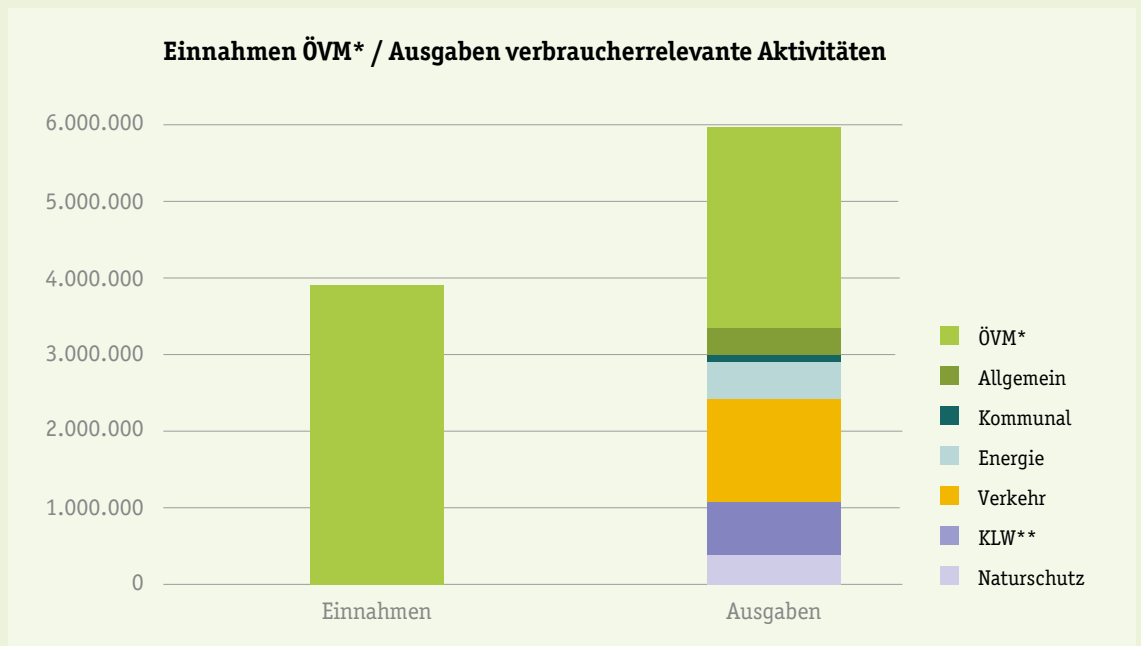
Bilanz zum 31.12.2024

Aktiva	2024 in €	2023 in €	Passiva	2024 in €	2023 in €
Anlagevermögen	333.489	315.085	Eigenkapital	3.939.871	3.093.775
Umlaufvermögen	13.678.239	10.592.190	Rückstellungen	1.253.196	1.330.158
Aktive Rechnungsabgrenzung	102.760	65.391	Verbindlichkeiten	9.006.985	6.748.733
Sondervermögen	259.004	459.004	Sondervermögen	173.440	259.004
Summe	14.373.492	11.431.670		14.373.492	11.431.670

Wirksam für Verbraucherinnen und Verbraucher

Die Deutsche Umwelthilfe ist nicht nur eine anerkannte Umwelt-, sondern auch eine beim Bundesamt für Justiz gelistete Verbraucherschutzorganisation. Sie engagiert sich intensiv bei ökologischen Verbrauchertemen, informiert, beantwortet Fragen und berät Verbraucherinnen und Verbraucher und kämpft für Verbraucherrechte sowie gegen irreführende Werbung und Greenwashing.

Diese Arbeit leistet sie umfangreich im Fachbereich „Ökologische Verbraucherberatung und Marktüberwachung“ (ÖVM), aber auch in allen anderen Fachbereichen, etwa als Teil von Projekten oder auch in der direkten Beratung und Beantwortung von Anfragen zu den entsprechenden Themen. Die Kosten für diese Verbraucherschutz- und Marktüberwachungsarbeit der DUH über alle Bereiche hinweg in Höhe von etwa 5,9 Millionen Euro übersteigen die Einnahmen aus der ökologischen Marktüberwachung in Höhe von etwa 3,9 Millionen Euro dabei deutlich.



* Ökologische Verbraucherberatung und Marktüberwachung, ** Kreislaufwirtschaft



Foto: IMAGO/Rupert Oberhäuser

Ihre Spende wirkt!

Sie, liebe Leserin und lieber Leser der DUHwelt, sind der Rückhalt der Deutschen Umwelthilfe – menschlich ohnehin, aber auch finanziell. Inzwischen machen Mitgliedsbeiträge, Patenschaften und Spenden fast die Hälfte aller uns zur Verfügung stehenden Mittel aus. Und mit Ihrer Spende oder Ihrem Beitrag schenken Sie uns jedes Mal auch Ihr großes Vertrauen. Dem gerecht zu werden, ist uns oberste Pflicht. Deshalb setzen wir das anvertraute Geld immer sparsam und mit maximaler Wirkung für Umwelt, Natur, Klima und Verbraucherschutz ein. Und wir informieren Sie transparent, wie Ihre Spende ankommt.

Zwei gute Nachrichten gleich vorneweg: Es ist uns 2025 gelungen, noch mehr Mittel für unsere Arbeit zu akquirieren und damit noch mehr wichtige Projekte und Verfahren anschieben und abschließen zu können. Damit machen wir noch mehr Druck für den Schutz von Umwelt, Klima und Menschen.

Und: Es ist uns erneut gelungen, die Kosten für Verwaltung, Standorte, Technik und vieles mehr so gering wie möglich zu halten. Das Ergebnis: **Rund 80 Prozent aller Mittel konnten wir direkt in unsere Projekte für Umwelt- und Klimaschutz investieren.** Damit schützen wir unmittelbar Wälder, Flüsse und Tiere, verbreiten ökologische Mehrweglösungen, verhindern neue fossile Megaprojekte, erkämpfen weiter Saubere Luft und grünere Städte und stoßen viele weitere politische, juristische und reale Veränderungen an. Einiges davon können Sie in diesem Jahresbericht lesen. Jede Spende hilft uns, diese konkreten Verbesserungen zu erreichen.

Vielleicht fragen Sie sich: Was muss die DUH denn neben der inhaltlichen Arbeit noch für Kosten tragen? Die Antwort: Vor allem brauchen wir Verwaltung, Kommunikation und Mittelbeschaffung, damit unsere Arbeit wirken kann. Ohne zuverlässige IT, eine verlässliche Buchhaltung, leistungsstarke Spendenverwaltung und qualifizierte Teams könnten wir Projekte weder planen noch sicher umsetzen. Ohne Kommunikation schaffen es die wichtigen Fakten und Aktivitäten für die Umwelt nicht in die Mitte der Gesellschaft. Und Mittelbeschaffung sorgt dafür, dass wir neue Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnen, dass wir immer mehr werden und unsere Arbeit langfristig finanzieren. Noch mehr Details zu den DUH-Mitteln finden Sie wie immer im Finanzbericht auf den Seiten 26 bis 30.

Möglich ist die Arbeit der DUH nur durch Ihre Unterstützung – und deshalb danken wir Ihnen und allen Mitgliedern, Paten und Spenderinnen an dieser Stelle noch einmal ganz, ganz herzlich! Sie alle sind Teil einer immer größer werdenden Gemeinschaft. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Umweltschutz durchgesetzt wird – für unseren Planeten und für uns alle.



Fast Fashion – billig gekauft, teuer bezahlt

Fast Fashion zerstört Klima, Ressourcen und Menschenleben. Mit unserer Textilkampagne setzen wir ein starkes Zeichen für eine zukunftsfähige Modeindustrie – und machen gemeinsam Druck für ein wirksames Gesetz.



Viola Wohlgemuth, DUH-Senior Expertin für Textil & Kreislaufwirtschaft, mit den lokalen Partnern von The Revival auf einem Müllberg aus europäischer Kleidung in Accra, Ghana.

Erschütternde Eindrücke: „Ich laufe auf Textil- und Plastikmüll. Der Boden eines ganzen Slums besteht aus Morast aus Abfall, durchzogen von kleinen Abwässern und Flüssen aus stinkendem, blubberndem Schlamm. Und hier leben Menschen. Kinder laufen barfuß, spielen, lachen mich an. Und ich schäme mich, hier zu sein, als Teil einer Gesellschaft, die es zulässt, dass diese Menschen in unseren Abfällen leben müssen.“

Das schildert unsere Kollegin Viola Wohlgemuth aus Accra in Ghana im November 2025. Dort besuchte Sie den Kantamanto-Markt – einen der größten Second-Hand-Märkte der Welt – sowie umliegende Viertel und erlebte dort hautnah, welche zerstörerischen Folgen die globale Fast-Fashion-Industrie auf Mensch und Umwelt hat.

Die schockierende Realität

Fast Fashion überschwemmt den globalen Markt mit Kleidung, die nur kurz getragen und schnell entsorgt wird. Die weltweiten Folgen sind enorm: steigende CO₂-

Emissionen, verschmutzte Gewässer, giftige Produktionsabfälle, enormer Ressourcenverbrauch und wachsende Textilmüllberge – mit gravierenden Folgen für Gesundheit und Leben der Menschen vor Ort.

Doch jetzt bietet sich uns eine historische Chance: Dank der neuen EU-Richtlinie zur erweiterten Herstellerverantwortung müssen bis 2027 alle Mitgliedstaaten ihre Textilgesetze neu gestalten. Damit Deutschland diese Gelegenheit für faire, langlebige und kreislauffähige Mode nutzt, braucht es politischen Druck. Unsere Textilkampagne fordert deshalb ein starkes Gesetz, das Überproduktion stoppt, Reparieren, Teilen und Recyceln fördert und echte Verantwortung verankert.

Nachhaltigkeit ist tragbar

In Ghana treffen jede Woche rund 15 Millionen Kleidungsstücke ein. 40 Prozent davon enden als unverkäuflicher Müll, werden verbrannt, vergraben oder in die Umwelt gekippt. Mit unserem Projekt „Reclaim Responsibility“ retten wir gemeinsam mit lokalen Partnern Klei-

dungsstücke, die sich auf Müllbergen türmen. Vor Ort gereinigt und repariert bringen wir die Stücke über unseren Shop zurück in den Kreislauf – versehen mit Kampagnen-Logo und versendet in Mehrwegboxen aus Berlin. Ein Statement gegen Konsumrausch und globale Verantwortungslosigkeit. Mit reichweitenstarken Creatorinnen und Creatoren machen wir öffentlich Druck für Veränderung.

Kleidung wie Sand am Meer

Was in Ghana sichtbar wird, ist das Totalversagen eines globalen Systems: Produzieren, Konsumieren, Wegwerfen – ohne Recycling und ohne Rückführung der Ressourcen. Ein System ohne Grenzen und ohne Verantwortung. Mit den geretteten Kleidungsstücken in unserem Shop setzen wir ein Zeichen: damit Kinder nicht länger auf Müllbergen leben und nicht Kleidung, sondern Sand am Meer liegt.



Slow Fashion statt Fast Fashion!

Unterzeichnen Sie jetzt unsere Petition für klare Regeln, Verantwortung bei den Herstellern und eine Textilwirtschaft, die Mensch und Umwelt schützt. Jede Stimme bringt die nötige Veränderung näher.



www.l.duh.de/textil

Umwelt bewahren – Zukunft gestalten

Bestellen Sie jetzt den Ratgeber für Nachlass und Testament!

Als Teil eines großen Kreislaufs der Natur hinterlassen wir alle Spuren auf dieser Welt. Doch wer die Zukunft über das eigene Leben hinaus gestalten möchte, benötigt ein Testament. Wie Sie Ihren letzten Willen rechtssicher aufsetzen und welche Gestaltungsmöglichkeiten Sie haben, erklären wir in unserem neuen Testamentsratgeber.

Kostenlose Bestellung:
testament@duh.de

www.l.duh.de/testament

Sie denken darüber nach, die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe in Ihrem Testament zu bedenken? Wir unterstützen Sie sehr gerne dabei. Kontaktieren Sie uns für Beratung und Unterstützung – wir nehmen uns Zeit für Ihre Anliegen und Gedanken.

Beratung:
telefonische Sprechzeiten:
dienstags von 10:30 bis 12:30 Uhr
und nach Vereinbarung

Jutta Windeck
030 2400867-516
windeck@duh.de



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Foto: AVTG/stock.adobe.com

Spenden Sie jetzt für unsere Projekte im Natur- und Klimaschutz!

Auf diesen Wegen ist Unterstützen ganz einfach:

Banküberweisung

Deutsche Umwelthilfe
SozialBank
IBAN DE45 3702 0500 0008 1900 02
BIC BFSWDE33XXX

PayPal



www.l.duh.de/ppspende

Online-Spende



www.l.duh.de/donate

Vielen Dank für Ihre Spende!

Ihre Spende an uns ist von der Steuer absetzbar.
Ab einem Betrag von EUR 50,- stellen wir Ihnen automatisch eine Spendenquittung aus.

Das Team der DUH

Bundesvorstand

Prof. Dr. Margit Mönnecke,
Vorsitzende
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Stellvertretender Vorsitzender
Michael Rothkegel,
Stellvertretender Vorsitzender
Jörg Dürr-Pucher
Susanne Gerstner
Burkhard Jäkel
Prof. Dr. Jens Pape
Susanne Schubert

Bundesgeschäftsführung

Barbara Metz
Sascha Müller-Kraenner
Jürgen Resch

Mitglieder der

Bundesgeschäftsführung

Ulrike Voß
Matthias Walter

Bundesgeschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell

Leiterin: Hellen S. Wobst
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 99 95-0
Telefax 07732 99 95-77
E-Mail: info@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Berlin

Leiterin: Hellen S. Wobst
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: berlin@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Hannover

Leiterin: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: fiedler@duh.de

Regionalgruppen

Regionalgruppe Süd

Ansprechpartnerin: Luise Woldt
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 99 95-0
Telefax 07732 99 95-77
E-Mail: woldt@duh.de

Regionalgruppe Ost

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: wittig@duh.de

Regionalgruppe Nord

Ansprechpartnerin: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: fiedler@duh.de

Mitgliederversammlungen

Zu den Mitgliederversammlungen der Regionalgruppen der Deutschen Umwelthilfe e.V. laden wir Sie schon heute herzlich ein, die Termine finden Sie unten. Weitere Informationen zu den Mitgliederversammlungen erhalten Sie von den verantwortlichen Kolleginnen.

■ Regionalgruppe Süd (Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland):

Freitag, 20. März 2026 in Stuttgart

Luise Woldt | woldt@duh.de

■ Regionalgruppe Nord (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein):

Samstag, 7. März 2026 in Hannover

Gabi Fiedler | fiedler@duh.de

■ Regionalgruppe Ost (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin):

Freitag, 13. März 2026 in Berlin

Ines Wittig | wittig@duh.de

Projektbüros

Projektbüro „Lebendige Elbe“

Poststraße 7
06366 Köthen
Telefon 03496 21000-9
Telefax 03496 21000-8

Projektbüro Erfurt

c/o KrämerLoft
Bahnhofstr. 16/Büßleber Gasse
99084 Erfurt
Telefon 0361 30254910

Korrektur:

In der DUHwelt 3/2025 hat sich auf Seite 12 ein Fehler eingeschlichen. Das Reizgas Ozon riecht stechend, ähnlich wie Chlor. Nur in geringen Konzentrationen ist es geruchlos.



Deutsche Umwelthilfe

50 Jahre Wir setzen Umweltschutz durch



Film-Tipp für Sie!

Informieren Sie sich in fünf spannenden Minuten über unsere Aktivitäten und die wichtigsten Erfolge in **50 Jahren**.

Anlässlich unseres **Jubiläums** haben wir im Jahr 2025 einen kurzen Film gedreht.

Teilen Sie uns gerne mit, wie er Ihnen gefallen hat – per E-Mail an **unterstuetzerservice@duh.de!**



www.l.duh.de/film

IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V.

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V.,
Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell,
Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77,
info@duh.de, www.duh.de

■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch

■ **Redaktion:** Jutta Kochendörfer (jk), Andrea Kuper (ak)

■ **Autorinnen und Autoren:** Lisa Babak, Reinhild Benning,
Patrick Biegon, Dolores Birk, Katja Hockun, Imke Irmer,
Stefan Johag, Katharina Kipp, Felix Koch, Andrea
Kostrowski, Daphne Lenz, Christine Lützkendorf, Leonie
Paritong, Leonie Pilgram, Dorothee Saar, Agnes Sauter,

Elena Schägg, Roman Schilling, Gaby Schneider, Julian
Schwartzkopff, Lioba Schwarzer, Caroline Tiefenbach,
Nora Wacker, Matthias Walter, Clara Winkler, Rupert
Wronski, Constantin Zerger, Markus Zipf

■ **Gestaltung:** Anke Thiele-Janzen

■ **Redaktionsschluss:** 03. Dezember 2025

*In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen
oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Fe-
mininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und
Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der
Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde,
sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem
Geschlecht gemeint.*

■ **Druck:** F&W Druck & Mediencenter, Kienberg

■ **Verlag und Vertrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH,
Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell

■ **Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier**

■ **Heftpreis:** 2,00 Euro

■ **Spendenkonto:** Deutsche Umwelthilfe
Sozialbank

IBAN: DE45370205000008190002

SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

*Die Deutsche Umwelthilfe wird von zahlreichen Förderern
finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht
in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.*

**Wir setzen
Umweltschutz durch.
Für uns alle.**



**Helfen auch Sie mit,
als Fördermitglied.**

www.l.duh.de/duhunterstuetzen

